

1. Bericht des Beauftragten der Landesregierung Baden-Württemberg gegen Antisemitismus

MIT EINEM ÜBERBLICK ÜBER DEN SACHSTAND UND EMPFEHLUNGEN ZUR
BEKÄMPFUNG DES ANTISEMITISMUS

Inhalt

I. Einleitung: Digitale Radikalisierung und Antisemitismus.....	3
II. Definitionen und kulturelle Verbreitung	9
III. Die Zahlen	15
Antisemitische Straftaten.....	15
Antisemitische Vorfälle	16
Antisemitische Einstellungen.....	19
IV. Bestandsaufnahme bisheriger Projekte und Maßnahmen im Kampf gegen Antisemitismus.....	24
Politische Bildung und Handreichungen für Lehrkräfte.....	24
Meldepflicht an Schulen	24
Erweiterung der bestehenden Meldestellen	25
Sicherheit und Recht	25
Erhalten und Erinnern	26
Arbeit des Beauftragten.....	27
Ausblick.....	28
V. Handlungsempfehlungen – Was tun im Kampf gegen Antisemitismus?	29
V.1. Demokratie festigen	29
Kommunen und Justiz als wichtige Akteure im Kampf gegen Antisemitismus	29
V.2. Hinschauen.....	31
Eine Meldestelle als vertrauenswürdiger Partner für jüdische Gemeinden.....	31
Den Blick ausweiten durch landesspezifische Studien	32
Von wegen „Lügenpresse“: Medienschaffende als Betroffene von Antisemitismus....	33
Beratung im Schulkontext.....	34
V.3. Zusammenhänge aufklären	35
Lokale Medien als Lernorte der Demokratie stabilisieren	35
Mediennutzung und Altersradikalisierung	36
Verbundene Formen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit in den Blick nehmen	37
V.4. Bilden.....	40
Den Staat zum Vorbild für Antisemitismusprävention machen	40
Fortbildungen und Dialogprojekte von und für Migranten und Muslime unterstützen .	41

Der Verbreitung antisemitischer Stereotype im Unterricht begegnen	42
Ethikunterricht ab Klasse 1 aufstellen.....	43
Arbeit der Landeskundebeauftragten stärken	44
V.5. Begegnen	45
Begegnungen auf Augenhöhe schaffen.....	45
Jüdisches Leben in Baden-Württemberg feiern	45
V.6. Erinnern	48
Gedenkstätten und Lernorte stärker fördern.....	48
Gedenkstättenfahrten als Grundlage demokratischer Erinnerungskultur sichern	49
Die Arbeit der Landeszentrale für politische Bildung unterstützen.....	50
NS-Geschichte baden-württembergischer Institutionen erforschen und reflektieren ..	51
Landesgeschichtliche Identifikationsfiguren stärken: Ludwig & Johanna Marum neben Eugen Bolz landesgeschichtlich würdigen	51
V.7. Schützen und abwehren	53
Antisemitische Netzwerke beobachten	54
Israelfeindlichen Antisemitismus stoppen	54
V.8. Brücken bauen.....	56
Zusammenarbeit mit der Europäischen Union.....	56
Ein baden-württembergisch-israelisches Begegnungswerk für Dialog und Austausch	57
Förderung und Ausbau der Kooperation mit Yad Vashem	58
Schul- und Sportpartnerschaften mit Israel.....	59
Benachteiligungen von Nachfahren Holocaust-Überlebender und jüdischer Zugewanderter beheben.....	59
Israel-Stipendien für junge Wissenschaftler und Lehrkräfte.....	60
VI. Schlussplädoyer für vernetztes Denken	61

Anlage: Decker, Oliver et.al. 2019: „Antisemitismus in Baden-Württemberg – Leipzig-Studien zu Autoritarismus und rechtsextremer Einstellung in Deutschland 2002-2018“, Eine Datenauswertung im Auftrag des Staatsministeriums Baden-Württemberg.

I. Einleitung: Digitale Radikalisierung und Antisemitismus

Auch Baden-Württemberg muss sich dem Wiederaufflammen eines globalen Antisemitismus stellen: Antisemitische Hassverbrechen haben zuletzt – bei allgemein sinkender Kriminalität – wieder zugenommen. Auch in unserem Land sind viele Jüdinnen und Juden wieder unsicher, wo sie ihre Religionszugehörigkeit bekannt machen oder, etwa durch das Tragen eines religiösen Symbols oder einer Kippa, gar öffentlich zeigen können. Vereinzelt meiden jüdische Schülerinnen und Schüler den Religionsunterricht, um sich nicht „zu outen“. Antisemitische Wahlplakate mit Parolen wie „Israel sind unser Unglück“, „Wir hängen nicht nur Plakate“ und „Multikulti tötet“ verschandelten über Wochen hinweg auch baden-württembergische Kommunen und wurden durch bedrohliche Aufmärsche bis direkt vor die Synagoge in Pforzheim ergänzt. Jüdische Gemeinden fühlen sich bisweilen von staatlichen Stellen nicht ausreichend ernstgenommen und müssen einen wachsenden Anteil ihres Budgets für Sicherheitsmaßnahmen aufwenden. Boykottaufrufe gegen Jüdinnen und Juden sowie gegen den Staat Israel stellen sich bewusst in unselbige Traditionen und in den „sozialen Medien“ steigern sich Menschen in bizarre Verschwörungsfantasien. Dabei wird mit einiger Resonanz versucht, Juden als Hintermänner eines angeblichen „Bevölkerungsaustauschs“, einer antiweißen „Umvolkung“, antichristlichen „Islamisierung“ und „Invasion“ von Flüchtlingen anzuprangern. Dieser antisemitische Verschwörungsmythos ist uralt und findet sich schon als Vorwurf der „Entnationalisierung“, „Rassensenkung“ sowie der „Bastardisierung“ durch gezielte Einwanderung in den Reden und Schriften führender Nationalsozialisten. Heute werden gerade auch gewählte Vertreterinnen und Vertreter der jüdischen Gemeinden vor allem digital als „Merkeljuden“, „Alibi-Juden“ und „Globalisten“ geschmäht und absurde Behauptungen über die Kontrolle der Vereinten Nationen und der Europäischen Union durch jüdische Akteure wie George Soros verbreitet. Entsprechende antisemitische Verschwörungsmythen haben es aus den digitalen Medien leider längst wieder auf die Straße, in die Europa- und Bundespolitik und leider sogar in den baden-württembergischen Landtag geschafft.

Aber wie erklärt sich das weltweite Aufleben von Antisemitismus, das in Deutschland und anderen Ländern bereits wieder zu mörderischer Gewalt gegen Mitglieder jüdischer Gemeinden, gegen Roma, Migranten sowie generell gegen demokratisch Engagierte geführt hat? Wie erklärt sich, dass auch der australische Attentäter auf zwei Moscheen in Christchurch / Neuseeland in seinem Manifest unter dem NS-Symbol einer schwarzen Sonne dazu aufrief, „Europa zurück zu nehmen“, u.a. von „Roma, afrikanischen, indischen, türkischen, semitischen oder anderen [...] Invasoren“? Dass sich wiederum der Angreifer auf die Synagoge in Poway, Kalifornien, auf diesen berief? Ist dieser Hass wirklich neu?

Der Antisemitismus war in Europa nie wirklich überwunden und wird heute von autoritären Regimen und aggressiven Oppositionsgruppen in vielen Ländern der Welt sogar wieder

aktiv gefördert. Wir befinden uns zusätzlich zu wirtschaftlichen und politischen Verwerfungen mitten in einer digitalen Medienrevolution, die unser gesellschaftliches System bis hin zu unseren Selbstwahrnehmungen in einem Maße erschüttert und verändert, wie es die Einführung des Buchdrucks ab dem 15. Jahrhundert und die elektronischen Medien Anfang des 20. Jahrhunderts getan haben. Neben den großartigen Chancen des Internets – die auch ich selbst unter anderem als Wissenschaftsblogger seit Jahren begeistert nutze – erleben wir leider auch wieder eine Eskalation von Emotionalisierung, Echokammern und populistischen Manipulationen, von antisemitischem Verschwörungsglauben, Rassismus und Radikalisierungsprozessen bis hin zu Drohungen und Gewaltaufrufen.

Bis in die Kommunalpolitik hinein werden Demokratinnen und Demokraten beschimpft und bedroht. So befand sich der mit digitalem Hass angegriffene und dann ermordete Kollege, Regierungspräsident Dr. Walter Lübcke, auf der „schwarzen Liste“ der rechtsextremen Prangerseite „Nürnberg 2.0“, auf der seit Jahren auch andere Demokratinnen und Demokraten namentlich, öffentlich und in deutscher Sprache mit Verurteilung und Hinrichtung bedroht werden; darunter seit 2011 auch ich. Nicht zufällig schalten einige Staaten – wie zuletzt Sri Lanka – nach gravierenden Anschlägen inzwischen das Internet sogar ab, um die weitere Ausbreitung von Angst, Hass, Falschnachrichten und letztlich Radikalisierung und Gewalt zu unterbinden. Offene und geschlossene Foren, YouTube, Facebook, WhatsApp, Twitter und Blogs eröffnen großartige, neue Chancen, aber leider eben auch Räume für sogenannte „alternative Wahrheiten“, Verschwörungsfantasien und sich radikalisierende Blasen. Wer die Freiheit des Netzes verteidigen will, muss auch aktiv gegen Antisemitismus und Hass vorgehen.

In Baden-Württemberg treten zum digital neu sichtbar gewordenen und radikalisierten Antisemitismus von Einheimischen zudem auch antisemitische Traditionen von Migrantinnen und Migranten etwa aus arabischen und europäischen Gesellschaften. Es hilft nicht, die Augen vor dem alarmierenden Befund zu verschließen: Antisemitismus wird heute auch in Baden-Württemberg in vielen Sprachen medial und vor allem digital verbreitet und verstärkt, während zugleich aufgeklärte und demokratische Medien an Reichweite und Einkünften verlieren.

Populisten schüren über die digitalen Medien gezielt Zwietracht und Misstrauen gegen Demokratinnen und Demokraten, die sie als „die Eliten“ und „Globalisten“ der Verschwörung bezichtigen. Abgeschottet im digitalen Raum entstehen so antisemitische und rassistische Echokammern, in denen die jeweils eigenen Meinungen und vor allem Gefühle reproduziert und bestärkt, jedoch kaum noch kritisch hinterfragt werden. Algorithmen forcieren diesen Effekt, indem sie in Filterblasen auf die Emotionen, insbesondere die Ängste von Nutzern abgestimmte, häufig unwahre Inhalte anzeigen. Gleichzeitig verlieren immer mehr Menschen den Zugang zu lokaler Berichterstattung – und damit zu dem Heimatraum, in dem Demokratie bislang erlebt und eingeübt wurde. Weltweit befinden sich liberale Medien und damit auch Demokratien unter populistischem und digitalem Veränderungsdruck. Es ist heute kaum auszudenken, wie weit solche

Radikalisierungen auch in Baden-Württemberg etwa im Fall einer wirtschaftlichen oder politischen Krise um sich greifen könnten – sie tun es sogar nach Jahren guter, wirtschaftlicher Entwicklung und insgesamt abnehmender Kriminalität. Auch deswegen ist politisches Handeln gegen den Antisemitismus jetzt gefordert: Es geht um den Schutz jüdischen Lebens in unserer Mitte, wie auch um die Grundlagen unseres freiheitlich-demokratischen Rechtsstaates und der internationalen Beziehungen. Ein Rückfall der Staatenwelt in Handels- und Medienkriege, antisemitische Vorwürfe sowie abgeschottete Nationalismen ist nicht ausgeschlossen.

Antisemitismus als rassistische Judenfeindlichkeit in Verbindung mit dem Glauben an Verschwörungsmythen ist dabei kein neues, sondern ein historisch altes Phänomen und bereits seit der Antike in oftmals gewaltbereiter Ausgestaltung belegt. Die jüdische Überlieferung identifiziert Sem – einen Sohn Noahs – als den ersten Begründer eines „Lehrhauses“, der Religion und Recht auf Basis von Alphabetschrift gelehrt habe; unter anderem zählte sein direkter Nachfahre Abraham und dessen gesamtes Haus zu seinen Schülern. So gründet sich das Judentum als erste Schrift- und Weltreligion auf das Ideal allgemeiner Bildung – auch dies ein Begriff direkt aus dem ersten Buch der Bibel – und bringt im sogenannten „Noachidischen Bund“ auch den frühen und zivilisationsprägenden Entwurf eines allgemeinen Menschen- und Völkerrechts samt Weltvertrauen, linearem Kalender und Zukunftsvertrauen hervor. Dass bis heute auf den jüdischen Anteil an der Weltbevölkerung von 0,2 Prozent rund 20 Prozent aller jemals verliehenen Nobelpreise entfielen, wurzelt also nicht in Genetik oder Verschwörungen, sondern in dieser besonderen Wertschätzung und Förderung von Bildung in Familien und Schulen. Doch statt Dialog und Lernoffenheit haben leider immer wieder Mehrheiten und insbesondere autoritäre Regime den Weg des „Anti“-Semitismus, der Diskriminierung und Verfolgung von Jüdinnen und Juden samt der Ablehnung von demokratischer Rechtsstaatlichkeit gewählt.

So behaupten Antisemiten auch in Baden-Württemberg weiterhin, Semiten seien eine „Rasse“, die sich zudem für einzig „ausgewählt“ hielt und der außerordentlich hohe Beitrag von Jüdinnen und Juden zur Religions-, Bildungs-, Medien-, Wirtschafts-, Politik- und Wissenschaftsgeschichte beruhe auf biologischer Andersartigkeit. Auf dieser Basis werden dann Neid-, Minderwertigkeits- und Bedrohungsgefühle entfaltet und gezielt geschürt. Jüdinnen und Juden wird dabei aus linken, religiösen und vor allem rechten Milieus heraus antisemitisch die Beteiligung an einer Weltverschwörung vorgeworfen, die auf die Vernichtung anderer Religionen und Völker durch Globalisierung, „Bevölkerungsaustausch“ bzw. „Kolonialismus“ abziele. Damit verbunden sind Vorwürfe auch an Nichtjuden in Medien („Lügenpresse“), Politik („Volksverräter“), Justiz („zionistisch unterwandert“), Wissenschaft und Medizin („Germanische Neue Medizin“), Teil dieser angeblichen Weltverschwörung zu sein. Entsprechende, regelmäßig antisemitisch konnotierte Verschwörungsmythen haben zuletzt leider wieder Eingang in Äußerungen europäischer Politiker und auch baden-württembergischer Landtagsabgeordneter gefunden. Ebenso wird der Staat Israel über 70 Jahre nach seiner Gründung nicht nur weiterhin in seiner Existenz bedroht, sondern auch aus Baden-Württemberg mit

Boykottaufrufen traktiert und in klassischer, antisemitischer Diktion als „unser Unglück“ geschmäht. Kein anderer, auch kein im gleichen Zeitraum konfliktreich gegründeter Nationalstaat, wie beispielsweise Pakistan oder Myanmar, sieht sich noch immer global verbreiteten Vorwürfen, Boykottkampagnen und Vernichtungsfantasien ausgesetzt. Bereits in Hitlers Münchner Rede von 1920 „Warum wir Antisemiten sind“ findet sich die pseudowissenschaftliche und menschenverachtende Mythologie ausbuchstabiert, einschließlich des Spotts über Bibel und „Abrahamse“, Anspielungen auf Roma und Sinti sowie die Ablehnung eines Staates Israel – Jahrzehnte vor dessen Gründung! Auch die deutsche KPD wandte sich bereits in den 1930er Jahren gegen die Idee eines „zionistischen Staates“. Der bis heute verbreitete Antizionismus entstand also gerade nicht erst als Reaktion auf israelische Politik, sondern speist sich aus älteren, antisemitischen Traditionen, Mythen und Feindbildern.

Antizionismus und identitärer Ethnonationalismus – nach denen jedes rassistisch gedachte Volk und jede Religion nur noch „im eigenen Land“ leben dürfe – bilden die modern übertünchten Ausdrucksformen des alten Antisemitismus. Bei aller berechtigten Sorge um den israelischen Rechtsstaat und bei aller berechtigten Kritik an der israelischen Politik gehört daher die gelebte Solidarität mit der israelischen Demokratie ebenso zum Kampf gegen den Antisemitismus wie der aktive Beistand für das Judentum in Europa. Konstruktive Kritik will tatsächlich verbessern, aber Antisemitismus und Rassismus zielen auf Vertreibung und Vernichtung. Wer einen Staat, ein Volk, eine Religion vernichten will, vor dem und der sind kein Staat, kein Volk, keine Religion sicher.

Judenfeindlichkeit führte und führt immer wieder zu Rechtsbrüchen, Vertreibungen und Morden. In Deutschland eskalierte der Antisemitismus bis zum furchtbaren Zivilisationsbruch der Schoah, zu Deportationen und Massenmorden im Kontext der verschwörungsmythologischen NS-Ideologie und des von Deutschland ausgehenden Weltkrieges.

Die Hoffnungen, dass nach den NS-Verbrechen gegen die Menschlichkeit rassistische Einstellungen und antisemitische Verschwörungsmymen für immer überwunden werden würden, haben sich leider nicht erfüllt. Stattdessen wird die Schoah – einschließlich des Genozids an den europäischen Sinti und Roma – durch Antisemiten aus den digitalen Medien heraus wieder zunehmend verdrängt, relativiert oder gar geleugnet. Schon bei meiner Antrittsrede am 25. April 2018 in der Hochschule für jüdische Studien in Heidelberg hatte ich davor gewarnt, dass auch in Baden-Württemberg der Hass aus dem Netz wieder zu einem Anstieg antisemitischer und rassistischer Übergriffe führen würde. Die aktuelle Kriminalstatistik hat diese Befürchtung inzwischen leider bestätigt. Auch für die kommenden Jahre befürchte ich noch eine weitere, digital befeuerte Eskalation menschenverachtender und antisemitischer Gewalt in Europa. Deswegen werden wir über eine entschiedeneren Strafverfolgung gerade auch im Netz sowie über verstärkte Schutzmaßnahmen für jüdische Gemeinden und demokratische Akteurinnen sprechen müssen.

Angesichts des wieder aufflammenden Antisemitismus haben die Landesregierung und der Landtag von Baden-Württemberg auf Bitte und Vorschlag der Israelitischen Religionsgemeinschaften Baden und Württemberg die Einsetzung einer oder eines Beauftragten gegen Antisemitismus beschlossen (Beschlussantrag 16/3622, „Antisemitismus entschlossen bekämpfen“). Als Aufgaben des Beauftragten wurden u.a. die Koordination der Maßnahmen der Landesregierung zur Bekämpfung des Antisemitismus, der Dialog und die Sensibilisierung der Gesellschaft von Baden-Württemberg definiert. Weiterhin bat der Landtag den Beauftragten, bis zum 1. Juli 2019 einen Bericht über den Stand der Bekämpfung des Antisemitismus mit Handlungsempfehlungen für alle Bereiche der Landespolitik vorzulegen.

Unterstützend wurde mir als Beauftragtem ein Expertenrat zur Seite gestellt und die konstruktive Mitwirkung aller Bereiche der Landesverwaltung zugesagt. Aber auch das öffentliche Interesse am Thema ist enorm. Seit der Beauftragung durch den Ministerrat am 13. März 2018 konnte ich bereits über 160 Einladungen zu öffentlichen Vortrags- und Diskussionsterminen im ganzen Land annehmen. Dankbar bin ich zudem für das starke Interesse und die Unterstützung durch die antragstellenden Fraktionen des Landtags, durch Schulen, Religionsgemeinschaften, Kirchen, kommunale Verbände und engagierte Bürgerinnen und Bürger, die sich unter anderem in der Gedenkarbeit und im interreligiösen Dialog engagieren sowie die Wiederbegründung des „Vereins zur Abwehr des Antisemitismus“ vorbereiten. Auch im Netz selbst formiert sich wachsender Widerstand gegen Hass und Hetze, gegen rassistische und antisemitische Blogs und Digitalkampagnen. Eindrucksvoll konnten wir darüber in Ravensburg mit der Schwäbischen Zeitung und Sascha Lobo diskutieren. Zunehmend kritisch werden auch in- und ausländische Geldgeber in den Blick genommen, die über gezielt destruktive Digitalkampagnen europäische Demokratien attackieren.

Dieses wachsende Engagement gegen Hass und Antisemitismus habe ich auch persönlich als Bestärkung wahrgenommen, um mit längst alltäglichen Beschimpfungen, Störungen und vor allem digitalen Trolling umzugehen. Dabei möchte ich auch meinem großartigen Team danken, das mit mir neben einer bisweilen überbordenden Anfragendichte auch den alltäglichen Eingang entsprechender Mails, Anrufe und Schreiben bewältigt.

Der vorliegende Bericht über den Stand der Bekämpfung des Antisemitismus an den Landtag und die Landesregierung von Baden-Württemberg ist bundesweit der erste seiner Art.

Nach einer einführenden Klärung der Begriffe und Definitionen (Kapitel II) folgt eine Zusammenstellung der verfügbaren Statistiken und Daten. Im Anschluss daran werden die Gründe des neuerlichen Anstiegs des Antisemitismus diskutiert (Kapitel III) sowie eine Bestandsaufnahme bisheriger Projekte und Maßnahmen der Landesregierung (Kapitel IV), um schließlich Handlungsempfehlungen für alle Bereiche der Landespolitik auszusprechen (Kapitel V).

Heutige deutsche Bundesbürgerinnen und -bürger tragen – völlig unabhängig von ihrer Herkunft oder Religionszugehörigkeit – vor dem Hintergrund der Shoah keine persönliche Schuld, aber eine besondere Verantwortung. Ob wir bereit sind, aus der Geschichte zu lernen, entscheidet in erheblichem Ausmaß über unsere gemeinsame Zukunft.

Antisemitismus bedroht immer auch, aber niemals nur jüdisches Leben, sondern greift immer wieder die Grundlagen unserer freiheitlich-demokratischen Ordnung an. Wo sich heute Träger einer Kippa fürchten, droht morgen auch Gewalt gegen Menschen mit Kopftüchern, Kreuzen – und gegen Menschen nichtweißer Hautfarbe. In Baden-Württemberg darf nicht zugelassen werden, dass No-Go-Areas entstehen. Geben wir die Grundrechte für einzelne Menschengruppen auf, so werden alle verlieren.

Der entschlossene Kampf gegen den Antisemitismus dient also direkt dem Schutz jüdischen Lebens – aber darüber hinaus auch dem Zusammenleben und Schutz aller Menschen, Religionen und Kulturen in unserem Land, in Deutschland, Europa und der Welt. Umgekehrt bieten tiefere Kenntnis des Judentums und der deutsch-jüdischen Geschichte, der interkulturelle und interreligiöse Dialog sowie der deutsch-israelische Austausch Chancen für Entwicklung, Frieden und auch geistige Freiheit von Ängsten und Hass. Die Überwindung antisemitischer Verschwörungsmythen durch Begegnungen und reflektiertes Wissen ist Bildung im besten Sinne.

Der vorliegende Bericht ist in seinen Argumenten und Handlungsempfehlungen der Bericht des Beauftragten. Viele Ideen und Gedanken entspringen den zahlreichen Diskussionen mit dem Expertenrat, Ressortkolleginnen und -kollegen, und engagierten Bürgerinnen und Bürgern. Ihnen allen sei an dieser Stelle gedankt.

Ich hoffe auf Offenheit und Engagement in Politik und Zivilgesellschaft, damit wir mit dem Kampf gegen Antisemitismus unserer Verantwortung füreinander und für die Zukunft des freiheitlichen Rechtsstaates gerecht werden. Es ist spät, aber noch nicht zu spät, um dem alten Hass diesmal rechtzeitig und entschlossen entgegen zu treten.

Dr. Michael Blume

Beauftragter der Landesregierung Baden-Württemberg gegen Antisemitismus

II. Definitionen und kulturelle Verbreitung

Im Antisemitismus verbanden und verbinden sich tradierte, auch kirchliche Judenfeindlichkeit und Verschwörungsmythen: Während andere Formen des Rassismus angegriffene Gruppen meist abwerten, gehen Antisemiten von einer angeblich genetisch vermittelten, intellektuellen „Überlegenheit“ und „Verschlagenheit“ von Menschen jüdischer Herkunft aus und wähen sich – völlig unabhängig von Religionszugehörigkeit, Verhalten oder auch nur der Präsenz von Jüdinnen und Juden – durch eine jüdisch mitbestimmte Weltverschwörung bedroht. Nach den global gängigen, antisemitischen Verschwörungsmythen würden Jüdinnen und Juden und Geheimbünde – heute etwa „Zionisten und Illuminaten“ – gezielt nichtjüdische Bevölkerungsgruppen verdrängen und „umvolken“ wollen. Die komplexen, globalen Prozesse werden so weltanschaulich vereinfacht und auf ein tradiertes Feindbild projiziert.

Zur Erklärung des Antisemitismus befürwortet der Beauftragte die Arbeitsdefinition der International Holocaust Remembrance Alliance (IHRA) vom 15. Mai 2016:

„Antisemitismus ist eine bestimmte Wahrnehmung von Juden, die sich als Hass gegenüber Juden ausdrücken kann. Der Antisemitismus richtet sich in Wort oder Tat gegen jüdische oder nichtjüdische Einzelpersonen und/oder deren Eigentum sowie gegen jüdische Gemeindeinstitutionen oder religiöse Einrichtungen. Darüber hinaus kann auch der Staat Israel, der dabei als jüdisches Kollektiv verstanden wird, Ziel solcher Angriffe sein.“

Der Beauftragte empfiehlt Landtag und Landesregierung, allen staatlichen, kommunalen und zivilgesellschaftlichen Stellen sowie interessierten Bürgerinnen und Bürgern die Annahme und Anwendung dieser IHRA-Arbeitsdefinition.

So ist sie einerseits breit genug, um auch den israelbezogenen Antisemitismus einzubeziehen, der sich in volksverhetzenden Aussprüchen und Plakaten wie „Israel ist unser Unglück“ direkt in antisemitische Traditionen („Die Juden sind unser Unglück“) stellt. Sie vermeidet aber auch die Gleichsetzung und damit Relativierung dieses spezifischen Verschwörungsglaubens mit allgemeiner Menschenfeindlichkeit. Sie ermöglicht zudem verbreiteten, rassistischen Fehlschlüssen zu begegnen, nach denen Menschen als „Semiten“ geboren würden und also qua Herkunft gar keinen Antisemitismus vertreten könnten. Sie vermag zudem auch antisemitische Vorwürfe und Übergriffe gegen jüdische wie nichtjüdische Journalisten, Politiker, Juristen und Ärzte zu erfassen. Auch ethnischen und religiösen Minderheiten wie Roma und Sinti, Jesiden, Muslimen und Menschen afrikanischer Herkunft wurde und wird von Antisemiten vorgeworfen, als „Invasoren“ Teil der jüdischen Weltverschwörung zu sein.

Die Arbeitsdefinition ist schließlich auch geeignet, die derzeit vor allem unter identitären Nationalisten geläufige Strategie zu vereiteln, alleine Migranten, Muslime und Linke für den neuen Antisemitismus verantwortlich zu machen und rechtsgerichtete, bürgerliche wie

auch christlich-religiöse Vorfälle dabei auszublenden. Ob jemand die Bekämpfung des Antisemitismus und die bekundete Freundschaft zu Israel tatsächlich ernst meint oder nur als politisches Manöver zur Abwertung Dritter zu missbrauchen versucht, ist am besten daran zu erkennen, ob sie oder er auch das je eigene Milieu, die eigene Partei, Weltanschauungs- oder Religionsgemeinschaft kritisch in den Blick nimmt.

Verbreitung in Religionen, Populärkultur und Sprache

Antisemitische und laut biblischen Überlieferungen von Anfang an auch mörderische Verschwörungsmymen bildeten sich bereits in der Antike gegen die schriftkundige und kinderreiche, u.a. den damals weit verbreiteten Mädchenmord ablehnende, religiöse Minderheit des entstehenden Judentums. Sie flossen von dort in die Heiligen Schriften bzw. deren Auslegungen und Übersetzungen von Christentum und Islam ein. Nach der Erfindung des Buchdrucks mit beweglichen Lettern eskalierten antisemitische und rassistische Mythen zunächst vor allem im lutherischen Protestantismus (z.B. Martin Luther: „Wider die Juden und ihre Lügen“, 1543) und im spanischen Katholizismus (z.B. Francisco de Torrejoncillo: „Centinela contra judios“, 1674). Das Sprachbild über die angeblich Schlaueheit und Verhalten bestimmende *razza* (von arab. *raz* = Kopf, Herkunft) der „Kinder Sems“ prägte sich also schon lange vor dem Entstehen der modernen Biologie. Der europäische Antisemitismus wurde auch von Aufklärern und Religionskritikern wie Voltaire, Feuerbach, Marx und Schopenhauer aufgegriffen und erreichte so säkulare, nationalistische, sozialistische, esoterische, später vermittelt auch buddhistische und hinduistische („arische“) Milieus. In die Sprach- und vor allem Lebenswissenschaften des 19. Jahrhunderts sowie auch in die romantisierende Fortschritts- und Wissenschaftskritik flossen antisemitische Mythen, Begriffe und Vorstellungen ein. Der Begriff „antisemitisch“ fiel erstmals 1860 in einer Antwort von Chajm Heymann Steinthal (1823 – 1899) auf Thesen von Ernest Renan (1823 – 1892), der mit den Mitteln der Sprachwissenschaft die Minderwertigkeit von „Semiten“ nachweisen wollte.

Die aus Russland stammende Fälschung der sogenannten „Protokolle der Weisen von Zion“ verbreitete sich Anfang des 20. Jahrhunderts über Europa (in Deutschland u.a. durch die NSDAP), nach Nord-, Mittel- und Südamerika (in den USA vor allem durch Henry Ford) und in den arabischen Sprachraum. Das nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges langsam sich durchsetzende Entsetzen über die Verbrechen der Nationalsozialisten führte einerseits zu einer langsam einsetzenden, kritischen Reflektion antisemitischer Verschwörungsmymen, andererseits aber gerade auch in Deutschland zu neuen Varianten der Schuldabwehr durch Täter-Opfer-Umkehr, Relativierungen und antisemitische Vergleiche (zum Beispiel Israelis als „neue Nazis“).

Neben und nach der Staatsgründung Israels setzte sich im Nahen und Mittleren Osten die antisemitische Mythologie der gefälschten „Protokolle“ als gängige, politisch und oft auch staatlich propagierte Erklärung für die andauernde Krise der arabischen und islamischen

Welt weithin durch. So werden auch die Golfkriege, die Terroranschläge des 11. September 2001 in den USA und das Auftreten islamischer Extremisten bis hin zum sogenannten „Islamischen Staat“ häufig, teilweise gar staatsoffiziell als Ergebnisse angeblicher „zionistischer Verschwörungen“ gedeutet. Gerade auch in Teilen transnationaler Protest-, Boykott- und „Friedens“-bewegungen verbinden sich antisemitische Narrative linker, rechter und religiöser Herkunft zu einer heute global und digital verfügbaren, antisemitisch-antiliberalen Weltdeutung, deren unakzeptable Auswirkungen bis in internationale Debatten und Gremien reicht.

Wo immer dabei neue Verschwörungsmymthen auftreten – etwa um sogenannte „Chemtrail“-Flugzeuggifte oder eine „Impfverschwörung“ der Ärzteschaft – fließen sie fast unvermeidlich in den historisch gewachsenen, antisemitischen Mythenstrom ein. Wer eine Verschwörung vermutet, landet am Ende der Internetrecherchen mit höchster Wahrscheinlichkeit als „eigentlichen“ Urhebern und Superverschwörern beim „Gerücht über die Juden“ (Adorno). Dagegen lässt sich ein Glauben an eine Weltverschwörung zum Beispiel der Australier oder Quäker kaum verkünden bzw. wirkt unfreiwillig komisch. Das Mythensystem des Antisemitismus entfaltet und verbreitet sich dabei längst völlig unabhängig vom Verhalten oder auch nur der Präsenz von Jüdinnen und Juden. Entsprechend erfolgt auch die Wahrnehmung, Berichterstattung und Bewertung der israelischen Politik immer wieder unter (oft unbewussten) mythologischen und polarisierten Vorzeichen und Vorwürfen.

Heutige Kinder und Jugendliche lernen auch in Baden-Württemberg antisemitische Mythen also über gezielt verbreitete wie auch unreflektierte Sprach- und Geschichtsbilder in Familien und Freundeskreisen kennen, darüber hinaus aber auch über populärkulturelle und digitalisierte Formate wie Rap-Songs und YouTube-Clips. So war z.B. der antisemitische „Apokalypse“-Song und das dazugehörige Musikvideo des deutschsprachigen, zum Islam konvertierten Rappers „Kollegah“ in allen vom Beauftragten besuchten Schulen bekannt und wurde nicht selten von jugendlichen Fans ab Klasse 8 – 9 als „provokantes Kunstwerk“ verteidigt. Schon ab Klasse 5 identifizierten Schülerinnen und Schüler schulartübergreifend und spontan eine Abbildung der Freimaurer-Pyramide auf der US-Dollarnote als Symbol der „Illuminaten“, die „irgendwie aus dem Geheimen die Regierungen kontrollieren“ würden. Dass verborgene Superverschwörer auch die Terroranschläge des 11. September 2001 oder gar die Mondlandung „gefaked“ hätten, war als mögliche Weltdeutung ab Klasse 7 – 8 weithin präsent. Es fiel den Schülerinnen und Schülern ebenso leicht, vielfache – auch antisemitische – Verschwörungsmymthen aus dem YouTube-Song „Ich sehe was, was Du nicht siehst“ der bayerischen Kabarettistin Lisa Fitz zu identifizieren.

Viele Schülerinnen und Schüler – aber auch anwesende Lehrkräfte und Eltern - zeigten sich dankbar für die Möglichkeit, diese populären und emotional „spannenden“ Mythen, Vorstellungen und Gerüchte einmal offen reflektieren und debattieren zu können, „denn so richtig wird man darüber ja nicht informiert.“ Sie wurden und werden mehrheitlich als medial unterhaltsame, inhaltlich fragwürdige, aber durchaus denkbare Gerüchte tradiert.

Immer wieder wurde von Lehrkräften der Wunsch nach Fortbildungen geäußert, um auf das Auftreten solcher Verschwörungsmythen sachgerecht reagieren zu können.

Jüdische Schülerinnen und Schüler wiederum berichteten von auch unter Gleichaltrigen weit verbreiteten Vermutungen, sie wären „als Juden“ doch automatisch reich und müssten in Deutschland keine Steuern bezahlen. Vereinzelt berichteten sie von Feindseligkeiten und Übergriffen durch Jugendliche, aber auch durch religions- und israelkritische Lehrerinnen und Lehrer. In vielen Fällen zogen sie es vor, ihre Religionszugehörigkeit nur im engeren Freundeskreis zu thematisieren; einige mieden den jüdischen Religionsunterricht mit der Begründung, dies käme einem „Outing“ gleich. („Dann wissen es alle und die Antisemiten haben Smartphones und WhatsApp.“) Gleichzeitig betonten sie regelmäßig, dass ihr „bunter Freundeskreis“ auch Zugewanderte und Musliminnen und Muslime enthielte, die „voll in Ordnung“ wären. Es war ihnen wichtig, Antisemitismus zu benennen, aber auch nicht zu verallgemeinern und nicht „übersensibel“ zu wirken.

In Veranstaltungen und Gesprächen mit Erwachsenen begegneten dem Beauftragten immer noch allgemein verbreitete Vorstellungen, Semiten bildeten eine „Rasse“ oder „Sprachgruppe“ aus Juden und Arabern. Damit war auch regelmäßig die These verbunden, „die Juden“ hätten doch selbst „mit den Religionen und Rassen angefangen“ und bestünden auch weiterhin auf einer „Sonderrolle“. Tatsächlich ältere Religionen wie der Zoroastrismus waren dagegen kaum bzw. nur als Schlagwort im Zusammenhang mit Nietzsche bekannt. Der Verzicht auf eine aktive, jüdische Mission wurde fast nie aus der Lehre der Noachidischen Gebote abgeleitet, nach der eine Bekehrung von Nichtjuden gar nicht heilsnotwendig ist, sondern galt – inhaltlich falsch – als Ausdruck von „halt jüdischer Arroganz“ und der Haltung, „Gott und das Paradies seien nur für sie da“.

Verschwörungsmythen waren insbesondere im Hinblick auf Medien, Wirtschaft, Medizin und demokratische Parteien allgemein präsent und wurden gerne diskutiert, insbesondere im Hinblick auf Israel, den vermeintlichen „Bevölkerungsaustausch“, Pharmakonzerne und „das Finanzkapital“. Zuverlässig wurde der Superschurke „Goldfinger“ als beliebtester – oder gar einzig erinnerbarer – Bond-Bösewicht benannt, den der Romanautor Ian Fleming nach dem jüdischen Architekten Ernö Goldfinger benannt hatte. Einige Veranstaltungen des Beauftragten wurden lautstark durch v.a. rechtsextreme Zwischenrufe sowie bekennende Reichsbürgerinnen und -bürger gestört. Mehrheitlich überwog aber auch bei den Älteren das Informations- und Aufklärungsinteresse insbesondere im Hinblick auf Judentum sowie die Wirkung von Medien und Verschwörungsmythen.

Auch in der Sprache sind antisemitische Traditionen in Baden-Württemberg nicht verschwunden. Das Missverständnis von Sem – nach jüdischer Überlieferung der erste Begründer eines Lehrhauses, der den Noahbund aus Religion und Recht im Medium der Alphabetschrift tradierte – als vermeintlicher Begründer einer Rasse oder Sprachgruppe wurde bereits benannt. Die verbreiteten Vorstellungen zu Sem unterscheiden sich darin

bezeichnend negativ von den inzwischen meist positiveren Wahrnehmung seines biblischen Nachfahren Abraham (wie in „abrahamitische Religionen“).

Allgemein werden auch in Baden-Württemberg weiterhin die alphabetischen Abkürzungen des NS-Regimes (wie beispielsweise „N wie Nordpol“, „D wie Dora“, „S wie Siegfried“) verwendet und tradiert, mit denen die Nationalsozialisten die noch in der Weimarer Republik gängigen Namen jüdischer Herkunft wie Nathan, David und Samuel ersetzt hatten.

Mit dem immer noch weit verbreiteten, ursprünglich aus der Kriminologie stammenden Begriff der Verschwörungstheorie wurden und werden antisemitische Verschwörungsmysmen auch in Reden und Texten noch immer quasi-wissenschaftlich geadelt und verharmlost. Zudem wird zunehmend – und historisch falsch – behauptet, der Begriff selbst entstamme einer Desinformationskampagne der CIA in den 1950er Jahren. Erst langsam setzt sich der inhaltlich präzisere und nicht länger verharmlosende Begriff des „Verschwörungsmythos“ in Wissenschaft, Politik, Medien und Öffentlichkeit durch.

Auch wenn sich antisemitische und rassistische Gewalt gegen deutsche Staatsbürger richtet, wird sie häufig – und auch in offiziellen Reden und Texten – noch immer als „Fremdenfeindlichkeit“ klassifiziert, damit angegriffene, religiöse und ethnische Gruppen auch noch sprachlich ausgebürgert. Ebenso lebt in der gängigen Floskel von den jüdischen „Mitbürgerinnen und Mitbürgern“ die vor-republikanische Unterscheidung zwischen Vollbürgern und Mitbewohnern fort. So wird bis in die politische Sprache hinein noch immer bestritten, dass deutsche Staatsbürger unabhängig von ihrer religiösen oder ethnischen Herkunft gleichberechtigt sind.

Der Beauftragte plädiert ausdrücklich nicht für eine „Sprachpolizei“, sondern gerade auch bei den Verantwortlichen in Medien, Politik und Wissenschaften für einen bewussten und wertschätzenden Umgang mit Sprache und Bildern, die eben immer auch unreflektierte und oft ungewollte Vorstellungen und Assoziationen tradieren.

Gerade auch in Zeiten elektronischer und digitaler Medien prägen („framen“) sprachliche Begriffe unsere Weltwahrnehmung – wovon die Feinde liberaler und demokratischer Rechtsstaaten reichlich und bewusst Gebrauch machen. Und wer z.B. selbst hinter dem Begriff des „Antisemitismus“ mangels besseren Wissens immer noch eine Auseinandersetzung zwischen semitischen und arischen „Rassen“ oder Sprachgruppen vermutet, kann latente, antisemitische Traditionen schwerlich als solche erkennen und auflösen. Umgekehrt erfahren es Adressaten oft als hoch interessant und emotional erleichternd, wenn vorbewusste oder unterdrückte Vorstellungen, Gerüchte und Verschwörungsmysmen nachvollziehbar erklärt und damit in ihrer beängstigenden Wirkung aufgelöst werden. Die tatsächliche Geschichte der Deutung Sems und der Entwicklung der jüdischen Religion, von Israel oder auch z.B. der US-Symbole auf Siegeln und Banknoten sind dabei tatsächlich sehr viel interessanter als die immer gleichen und auch deshalb gängigen, häufig antisemitischen Mythen und Gerüchte. Staat und Zivilgesellschaft

können hier zusammenwirken, um diese alten Traditionen der Menschenverachtung Stück für Stück aufzuklären und zu überwinden.

III. Die Zahlen

Antisemitische Straftaten

Antisemitismus äußert sich konkret in unterschiedlichen Handlungen, die Menschen ausführen, oder in Einstellungen, die Menschen mittragen. Um ein Lagebild des gegenwärtigen Antisemitismus in Baden-Württemberg zu zeichnen, wird nachfolgend dargestellt, welche antisemitischen Straftaten und Vorfälle registriert wurden, welche antisemitischen Einstellungen in der Bevölkerung existieren und wie das Problemfeld Antisemitismus in der jüdischen und nichtjüdischen Bevölkerung wahrgenommen wird.

Antisemitische Straftaten werden einerseits von Polizeibehörden registriert und als politisch motivierte Kriminalität (PMK) in der Unterkategorie Hasskriminalität eingeordnet. Das Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration verzeichnete im Jahr 2018 insgesamt 136 Fälle von antisemitischen Straftaten. Dabei liegt im Vergleich zum Vorjahr eine Steigerung um 37% vor, in welchem insgesamt 99 antisemitische Straftaten gemeldet wurden.

Phänomenbereiche antisemitisch motivierter Straftaten	2017	2018
PMK -ausländische Ideologie-	0	4
PMK -links-	0	0
PMK -nicht zuzuordnen-	2	0
PMK -rechts-	92	130
PMK -religiöse Ideologie-	5	2
Gesamt	99	136

Tabelle 1: Zahl der antisemitisch motivierten Straftaten in den Jahren 2017, 2018 in Baden-Württemberg, aufgeschlüsselt nach Phänomenbereichen. Quelle: Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration

Das Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration schlüsselt die politisch motivierte Hasskriminalität im Bereich antisemitischer Straftaten nach unterschiedlichen ideologischen Motivationen auf. Dazu gehören rechte, linke, religiöse, ausländische oder nicht zuzuordnende Ideologien.

Ein Vergleich der Entwicklung der antisemitischen Straftaten über die letzten Jahre ergibt ein gemischtes Bild. So kam es für die Jahre 2014 bis 2017 zu einem Abfall von 166 auf 99 Straftaten. Die gegenwärtigen Fallzahlen von 2018 (136 Straftaten) stellen einen deutlichen Anstieg dazu dar. Es gab bereits von 2011 bis 2013 einen Rückgang antisemitischer Straftaten von 132 auf 80. Diese verdoppelten sich 2014 jedoch sprunghaft auf 166 Straftaten insgesamt.

	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018
Antisemitische Straftaten insgesamt	132	98	80	166	114	95	99	136

Tabelle 2: Gesamte Zahl der antisemitischen Straftaten in Baden-Württemberg im jeweiligen Jahr. Quelle: Ministeriums für Inneres, Digitalisierung und Migration

Antisemitische Vorfälle

Nicht jede antisemitische Handlung fällt jedoch unter einen Straftatbestand und nicht jede antisemitische Handlung wird angezeigt. Es existieren viele Formen von antisemitischer Rede, Beleidigungen, Propaganda, Mobbing, verletzendem Verhalten, oder Sachbeschädigungen. Bisher gibt es in Baden-Württemberg jedoch keine Stelle, die solche Vorfälle thematisch gebündelt registriert. Das Demokratiezentrum Baden-Württemberg koordiniert die zwei Meldestellen „Leuchtlinie“ und „respect!“, welche als Melde- und Beratungsplattformen bei rechter Gewalt bzw. Hetze im Netz fungieren. Sie leisten hervorragende Arbeit, sind aber momentan nicht auf die Erfassung explizit antisemitischer Vorfälle spezialisiert und vor allem bei Jüdinnen und Juden noch nicht ausreichend bekannt. Zur Erfassung antisemitischer Vorfälle bedarf es aus Sicht des Beauftragten einer auf diese Vorfälle spezialisierten Stelle. Betrachtet man die Zahlen für Berlin, zeigt sich deutlich, dass weit mehr antisemitische Vorfälle an die dortige RIAS-Meldestelle gemeldet werden, als in der Kriminalstatistik des Landes Berlin auftauchen.

	1. Halbjahr 2017	1. Halbjahr 2018
Antisemitische Straftaten (polizeilich erfasst)	178	122
Antisemitische Vorfälle (an RIAS gemeldet)	514	527

Tabelle 3: Antisemitische Straftaten und antisemitische Vorfälle in Berlin. Quellen: Halbjahresbericht PMK der Polizei Berlin, RIAS-Bericht Januar-Juli 2018

Zur Verdeutlichung: Es wurden im 1. Halbjahr 2017 178 Straftaten mit antisemitischer Motivation durch die Polizei Berlin registriert. Im selben Zeitraum gingen bei RIAS Berlin 514 Meldungen von antisemitischen Vorfällen ein. Ein Jahr später, im 1. Halbjahr 2018, sank die Zahl der gemeldeten antisemitischen Straftaten auf 122 – wobei die Zahl der an RIAS gemeldeten Vorfälle jedoch im selben Zeitraum auf 527 anwuchs. Durch diese Diskrepanz wird deutlich, dass angezeigte antisemitische Straftaten nur einen Ausschnitt der Gesamtlage darstellen. Um diese Entwicklung auch in Baden-Württemberg verfolgen

zu können und den Betroffenen eine kompetente Anlaufstelle bieten zu können, verzahnt Baden-Württemberg die genannten Meldestellen des Demokratiezentrum mit dem Bundesverband RIAS. Im Kreis der Beauftragten gegen Antisemitismus von Bund und Ländern wird angestrebt, mit Hilfe von nach gleichen Kategorien erhobenen Vorfallzahlen ein genaueres Bild der gesamtdeutschen Situation – mit allen ihren Unterschieden – zu erhalten.

Ein erster Vorstoß zur besseren Sichtbarmachung von antisemitischen Vorfällen in Baden-Württemberg ist bereits mit der Einführung der Meldepflicht von antisemitischen sowie anderer religiös oder ethnisch begründeter Diskriminierung an Schulen erfolgt. Seit das Ministerium für Kultus, Jugend und Sport diese Meldepflicht am 11.04.2018 eingeführt hat, wurden insgesamt 13 Fälle von antisemitischer Diskriminierung an Schulen in Baden-Württemberg registriert. Dabei baten Schulen, Lehrkräfte und Betroffene auch den Beauftragten um Beratung im Umgang mit antisemitischen Vorfällen.

Die Perspektive von Betroffenen und deren Aussagen sind wichtige Indikatoren dafür, welche schwelende Gefahr der Antisemitismus gegenwärtig darstellt. Dazu hat die Agentur der Europäischen Union für Grundrechte (FRA) eine Studie unter jüdischen EU-Bürgerinnen und Bürgern erstellt, in der Erfahrungen mit und Wahrnehmung von Antisemitismus abgefragt wurden.

In Deutschland berichten beispielsweise 41% der Befragten davon, in den letzten 12 Monaten antisemitisch angegangen worden zu sein – sei es verbal, körperlich oder auch im Internet. Die gesamteuropäische Perspektive ist im Vergleich dazu geringer: 28% der Befragten erfuhren antisemitische Angriffe.

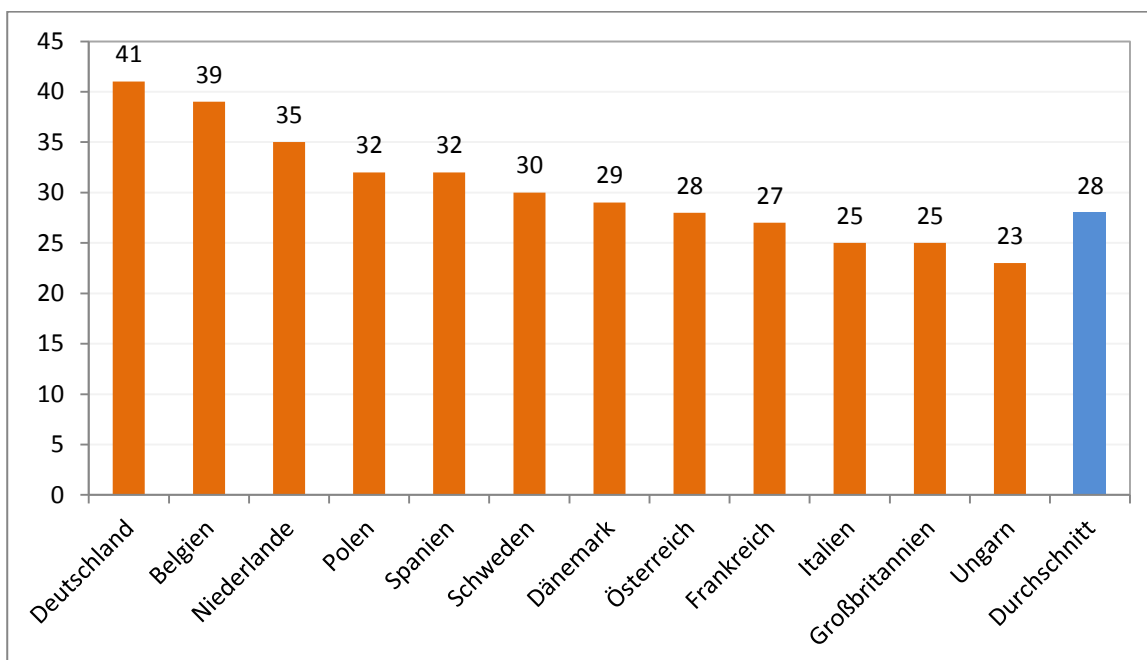


Abbildung 1: Prozentzahl der jüdischen Befragten in verschiedenen EU-Mitgliedstaaten, die angeben, antisemitische Belästigungen in den letzten 12 Monaten erfahren zu haben, Quelle: FRA-Studie zu Antisemitismus in der EU 2018

Die Angst der jüdischen Bevölkerung in Deutschland vor Übergriffen oder Beleidigungen ist entsprechend groß. 47% befürchten in der Zukunft antisemitisch belästigt oder beleidigt zu werden – 40% fürchten, dass sie Opfer von körperlichen Übergriffen werden. Diese Angst führt auch teilweise dazu, dass die Befragten sich seltener als Jüdinnen und Juden in der Öffentlichkeit kenntlich machen. 34% vermeiden es zumindest gelegentlich, jüdische Stätten oder Veranstaltungen zu besuchen aus Angst, auf dem Weg dorthin antisemitisch angegangen zu werden. Den öffentlichen Raum benannten 53% der Befragten in Deutschland als Kontext judenfeindlicher Vorfälle (EU-Durchschnitt: 44%).

Neben dem alltäglichen öffentlichen Raum sind Internet und soziale Medien die Orte, an denen Jüdinnen und Juden am häufigsten antisemitische Angriffe erfahren. In Deutschland gaben 82% an, dass sie judenfeindlichen Aussagen im Internet ausgesetzt sind (EU-Durchschnitt: 80%).

Hier wird deutlich, wie der alltägliche erfahrene Antisemitismus im öffentlichen Raum und vor allem im Internet das Sicherheitsgefühl der jüdischen Bevölkerung einschränkt.

In der Beobachtung und Analyse antisemitischer Vorfälle ergibt sich die Frage nach möglichen Tätergruppen. Jüdische EU-Bürgerinnen und Bürger wurden gefragt, von welchen Personen bzw. Personengruppen antisemitische Angriffe gegen die befragte Person ausgingen. Dabei traten länderspezifische Unterschiede hervor. Während in Deutschland (sowie auch beispielsweise in Frankreich) vor allem Personen mit einer extremistischen muslimischen Einstellung als Täter benannt wurden, waren es in Polen (sowie auch in Ungarn) vorwiegend Personen aus dem extremistisch christlichen Lager und dem politisch rechten Spektrum. Angriffe von politisch linken Akteuren waren dagegen vor allem in Italien und Spanien berichtet.

Zuordnung von Tätern	DE	FR	PL	HU	IT	ES
extremistisch muslimisch	41	33	2	2	20	17
extremistisch christlich	5	4	34	18	12	7
politisch links	16	21	6	3	38	34
politisch rechts	20	7	53	46	28	11

Tabelle 4: Wahrnehmung der religiösen/politischen Einstellung von Tätern bei antisemitischen Vorfällen in den letzten 5 Jahren, Quelle: FRA-Studie zu Antisemitismus in der EU 2018

Es kann also nicht davon ausgegangen werden, dass eine Personengruppe allein für antisemitische Vorfälle verantwortlich gemacht werden kann. Vielmehr deuten diese Zahlen an, dass antisemitische Angriffe von ganz unterschiedlich religiös und politisch eingestellten Personen ausgehen. Wer Antisemitismus also nur bei jeweils „Anderen“,

nicht aber im eigenen Milieu thematisieren und bekämpfen möchte, wird auch den empirischen Befunden nicht gerecht.

Antisemitische Einstellungen

In den „Leipzig-Studien“ (bzw. vormals „Mitte-Studien“), eine jährliche Befragung und Auswertung der Universität Leipzig durch eine Arbeitsgruppe um Oliver Decker und Elmar Brähler, wird seit 2002 regelmäßig die Verbreitung autoritärer und rechtsextremer Einstellungen in der Gesellschaft abgefragt. Dazu gehört auch die Erhebung der Zustimmung zu antisemitischen Aussagen.

Dort wird zusammenfassend angegeben, dass bundesweit etwa 4,4% der Bevölkerung manifest antisemitisch eingestellt sind. Aber es lässt sich auch bei einem nicht unerheblichen Teil der gesamtdeutschen Bevölkerung feststellen, dass diese latent, d.h. zumindest teilweise antisemitischen Aussagen zustimmen, wie beispielsweise dem Statement: „Juden arbeiten mehr als andere mit üblen Tricks“. Dieser Aussage stimmen im Jahr 2018 21,5% aller Deutschen zumindest teilweise zu.

Bisher liefert die Leipzig-Studie nur Zahlen für Deutschland insgesamt. Der Beauftragte hat daher im vergangenen Jahr eine Auswertung der aktuellen Leipzig-Studie im Hinblick auf die Situation in Baden-Württemberg in Auftrag gegeben. Im detaillierten Blick auf die Landesebene lässt sich nach einer längeren Zeit der Abnahme antisemitischer Einstellungen ein plötzlicher Anstieg beobachten. 2018 lag der von der Leipzig-Studie ermittelte Wert des manifesten Antisemitismus in Baden-Württemberg bei 5,4% und damit einen Prozentpunkt über dem Bundesschnitt.

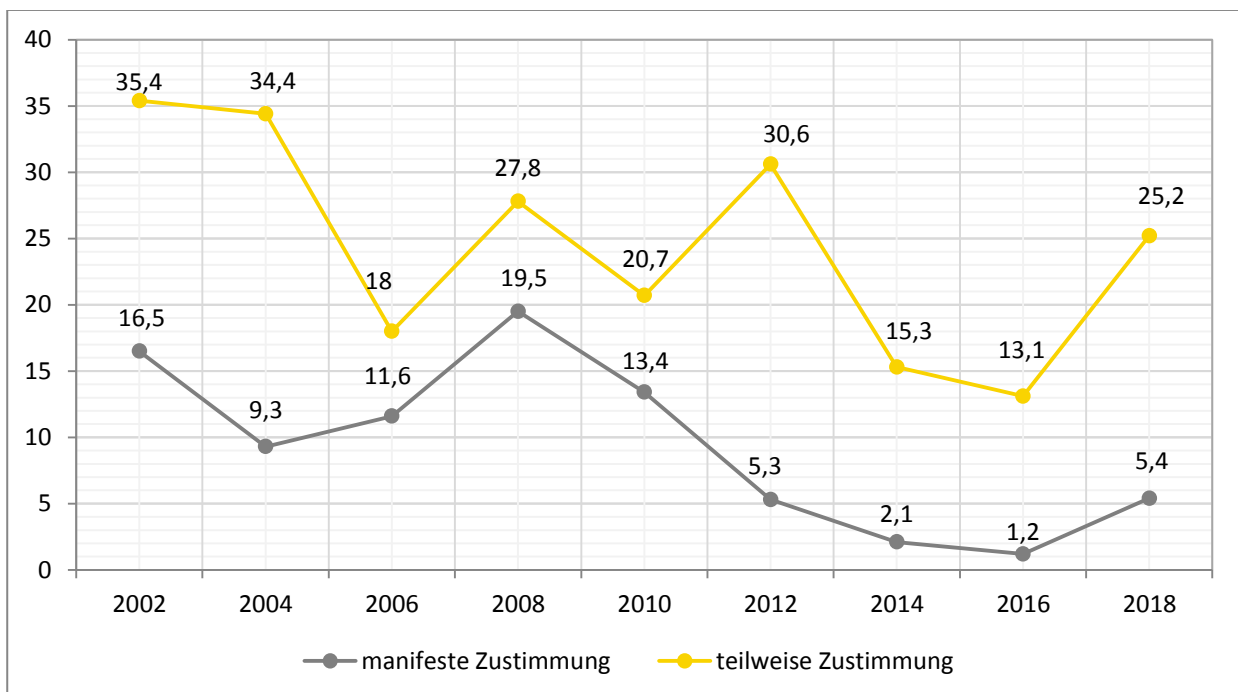


Abbildung 2: Prozentwerte des manifesten und latenten Antisemitismus in Baden-Württemberg. Quelle: Decker 2019: „Antisemitismus in Baden-Württemberg – Leipzig-Studien zu Autoritarismus und

rechtsextremer Einstellung in Deutschland 2002-2018“. Eine Datenauswertung für Baden-Württemberg im Auftrag des Beauftragten gegen Antisemitismus.

Im zeitlichen Verlauf lässt sich auf der einen Seite gegenüber den frühen 2000er-Jahren ein Rückgang von manifesten jüdenfeindlichen Ressentiments feststellen. Dennoch sind von Jahr zu Jahr starke Schwankungen im Bereich des latenten Antisemitismus zu beobachten, die keine konstante Abnahme von antisemitischen Einstellungen bezeugen. So stellt sich beispielsweise zwischen den Jahren 2016 und 2018 ein starker Zuwachs dar. Latent antisemitische Haltungen verdoppelten sich fast von 13,1% auf 25,2% an – manifest antisemitische Haltungen stiegen sogar um mehr als das Vierfache von 1,2% auf 5,4%.

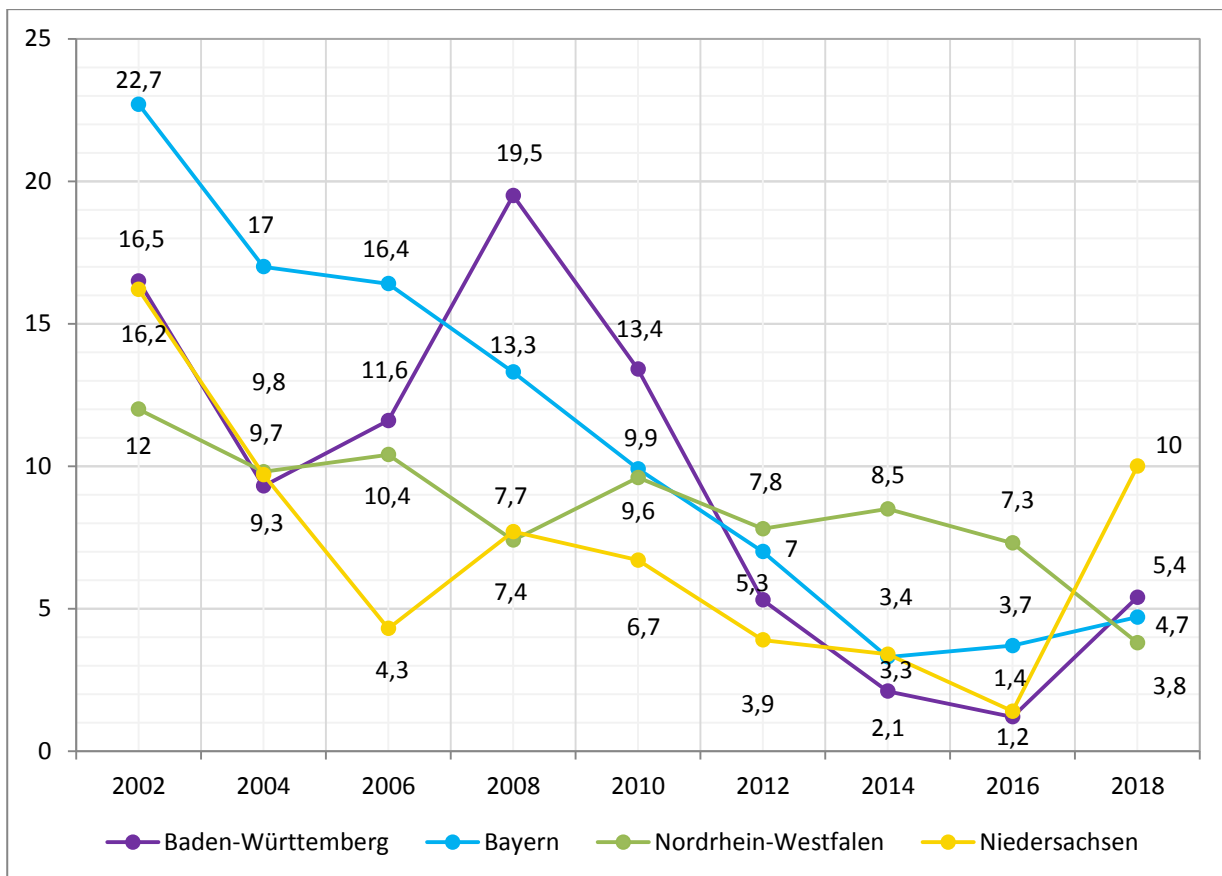


Abbildung 3: Prozentwerte des manifesten Antisemitismus in den Bundesländern Baden-Württemberg, Bayern, Nordrhein-Westfalen und Niedersachsen. Quelle: Decker 2019: „Antisemitismus in Baden-Württemberg – Leipzig-Studien zu Autoritarismus und rechtsextremer Einstellung in Deutschland 2002-2018“. Eine Datenauswertung für Baden-Württemberg im Auftrag des Beauftragten gegen Antisemitismus.

Die manifesten Zustimmungswerte zu antisemitischen Aussagen sind in Baden-Württemberg generell höher als in den Flächenländern Bayern oder Nordrhein-Westfalen, Auffällig ist auch ein landesspezifischer Anstieg im Jahr 2008, in Niedersachsen zwischen 2016 und 2018.

Diese Zahlen und Schwankungen sind interpretationsbedürftig. Eine erste Hypothese der Leipziger Forscher weist darauf hin, dass singuläre gesellschaftliche/politische Ereignisse

im jeweiligen Land ein kurzfristiges Ausschlagen der Werte nach oben verursachen können. Insbesondere im Vergleich mit anderen Bundesländern fallen die Schwankungen auf, die in den Ländern nicht parallel verlaufen. Das deutet darauf hin, dass gerade auch je landesspezifische, gefühlt „heimatbezogene“ Ereignisse einen Anstieg der Werte provoziert haben könnten.

Weitere wissenschaftlich-inhaltliche Analysen bleiben notwendig, um die genauen Gründe für das Anwachsen und wieder Abflauen manifester und latenter antisemitischer Haltungen zu finden. Fest steht aber: Die Schwankungen deuten auf ein hohes Potential, antisemitische Haltungen gerade auch regional schnell zu (re)aktivieren und damit auf eine hohe Verantwortung von Kommunal- und Landespolitik. Dies kann zudem als weiterer Hinweis darauf genommen werden, wie tief verankert und wie anschlussfähig der negative Mythenvorrat über „die Juden“ in unserer Gesellschaft noch immer ist.

Im Hinblick auf die demographische Verteilung dieser Einstellungen ist der große Unterschied bei den Geburtsjahrgängen zu nennen. So tragen sich Personen, die vor 1945 geboren wurden mit einem latenten Antisemitismus von 26,3% und einem manifesten von 13,4%. Diese Werte nehmen ab, je später jemand geboren ist. Geburtenjahrgängen ab 1991 besitzen zu 13,6% latente und zu 2,4% manifeste antisemitische Einstellungen.

		Zustimmung zu antisemitischen Aussagen (in %)	
		teils-teils	stark
Geburtskohorten	Bis 1945 geboren	26,3	13,4
	1946 - 1960	24,7	8,6
	1961 – 1975	20,9	9
	1976-1990	23,3	6,9
	Ab 1991 geboren	13,6	2,4

Tabelle 5: Kumulierte Prozentwerte des manifesten und latenten Antisemitismus in Baden-Württemberg nach Geburtskohorten. Quelle: Decker 2019: „Antisemitismus in Baden-Württemberg – Leipzig-Studien zu Autoritarismus und rechtsextremer Einstellung in Deutschland 2002-2018“. Eine Datenauswertung für Baden-Württemberg im Auftrag des Beauftragten gegen Antisemitismus.

Im Hinblick auf das gesamte Bundesgebiet eröffnet sich ein zwiespältiger Blick: Anfang der 2000er-Jahre lag Baden-Württemberg mit zeitweise 19,5% Prozent besorgniserregend deutlich über dem bundesdeutschen Schnitt von immer noch sehr hohen 9%. Von 2010 auf 2012 sank jedoch der Wert stark und unterbot die bundesdeutschen Zahlen mit zweitweise 2,1% und 1,2%. Diese positiven Werte scheinen sich jedoch nicht von alleine

einzuwenden. Gegenwärtig liegen die manifesten antisemitischen Einstellungen mit 5,4% wieder über dem gesamtdeutschen Schnitt von 4,4%.

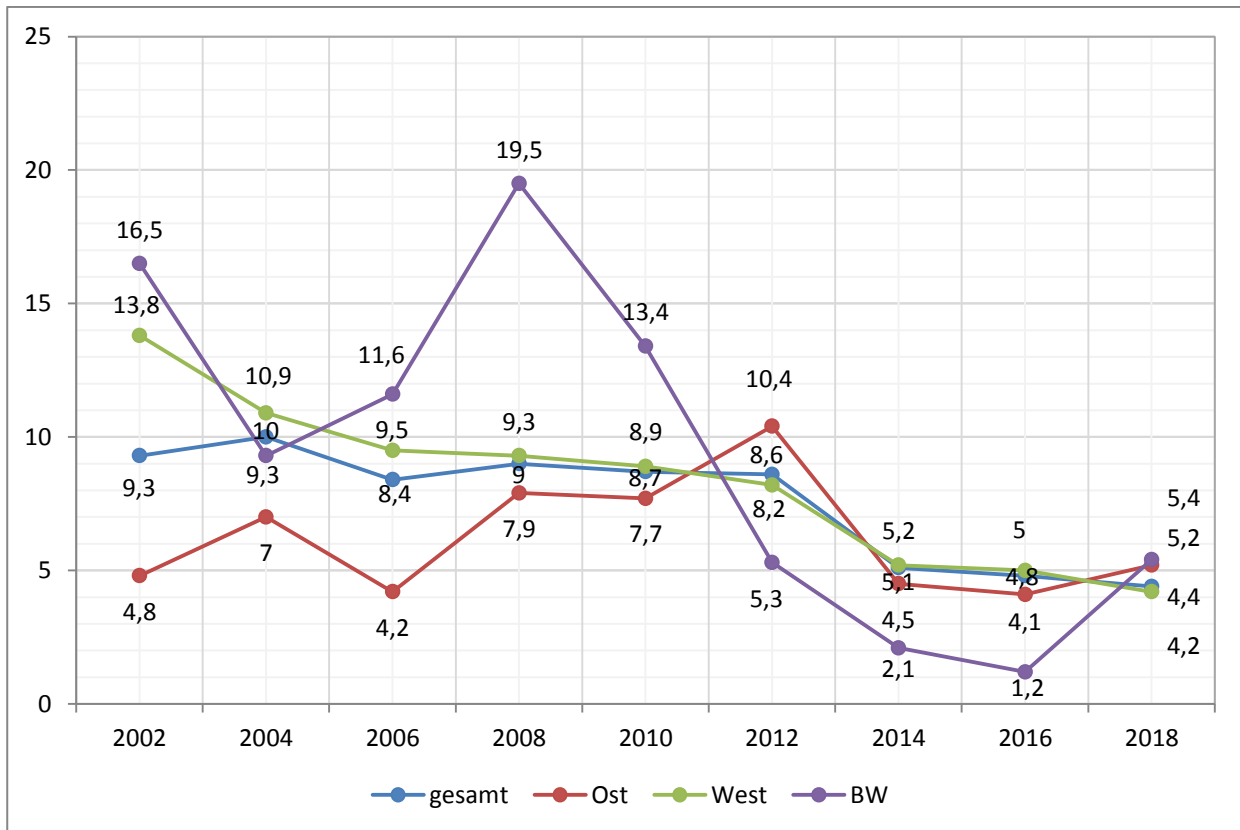


Abbildung 4: Prozentwerte des Manifesten Antisemitismus in der Bundesrepublik Deutschland, den ostdeutschen Bundesländern, den westdeutschen Bundesländern und Baden-Württemberg. Quelle: Decker 2019: „Antisemitismus in Baden-Württemberg – Leipzig-Studien zu Autoritarismus und rechtsextremer Einstellung in Deutschland 2002-2018“. Eine Datenauswertung für Baden-Württemberg im Auftrag des Beauftragten gegen Antisemitismus.

Wenn wir uns einzelne Fragen der Studie noch etwas genauer anschauen, zeigt sich eine weitere wichtige Unterscheidung: Es ist neben dem offen geäußerten Antisemitismus oder der Zustimmung zu klassischen antisemitischen Aussagen wie „Auch heute noch haben Juden zu viel Macht“ ein Antisemitismus zu beobachten, der sich in der sogenannten Umwegkommunikation Bahn bricht. Hier werden über andere, scheinbar weiter vom Antisemitismus entfernte Themen, Einstellungen kommuniziert, die das Weiterwirken antisemitischer Verschwörungsmymen nahelegen.

So wird beispielsweise eine Zustimmung zur Aussage „Durch die israelische Politik werden mir die Juden immer unsympathischer“ von 30,6% latent und 15,1% manifest gemessen. Noch höher liegen Zustimmungswerte bei der Aussage „Reparationsforderungen an Deutschland nutzen gar nicht den Opfern, sondern einer Holocaust-Industrie von findigen Anwälten“. Hier liegt in Baden-Württemberg die Zustimmung bei 34,2% latent und 30,6% manifest. In der Umwegkommunikation zeigen

sich judenfeindliche Ressentiments deutlicher, weil diese weniger stark gesellschaftlich sanktioniert und daher offener geäußert werden können.

	Zustimmung in %	
	teils-teils	stark
„Ich kann es gut verstehen, dass manchen Leuten Juden unangenehm sind.“	24,8	12,9
„Durch die israelische Politik werden mir die Juden immer unsympathischer.“	30,6	15,1
„Es macht mich wütend, dass die Vertreibung der Deutschen und die Bombardierung deutscher Städte immer als kleinere Verbrechen angesehen werden.“	28,1	29,1
„Reparationsforderungen an Deutschland nützen oft gar nicht den Opfern, sondern einer Holocaust-Industrie von findigen Anwälten.“	34,2	30,6

Tabelle 6: Antisemitische Äußerungen in der Umwegkommunikation in Baden-Württemberg von 2018. Quelle: Decker 2019: „Antisemitismus in Baden-Württemberg – Leipzig-Studien zu Autoritarismus und rechtsextremem Einstellung in Deutschland 2002-2018“. Eine Datenauswertung für Baden-Württemberg im Auftrag des Beauftragten gegen Antisemitismus.

Auch in Baden-Württemberg sind judenfeindliche Ressentiments immer noch in verschiedenen Ausprägungen in unterschiedlichen Bevölkerungsschichten vorhanden. Es lässt sich nicht davon ausgehen, dass diese Einstellungen einfach „von alleine“ zurückgehen – umso wichtiger ist es für Politik und Zivilgesellschaft zu wissen, wie antisemitische Einstellungen sich über Milieus, Generationen und Medien tradieren und gegebenenfalls verstärken. Dies ist aus Sicht des Beauftragten notwendiges Wissen, um den Kampf gegen Antisemitismus mit den richtigen Mitteln und an den richtigen Stellen zu führen. Der Beauftragte wird sich daher dafür einsetzen, die Datenlage und die Forschung zu antisemitischen Einstellungen kontinuierlich zu verbessern. Er wird dazu u.a. die Leipzig-Studie in der Zukunft regelmäßig für Baden-Württemberg auswerten lassen und auf einen bundesweiten Ausbau der entsprechenden Forschungen hinwirken.

IV. Bestandsaufnahme bisheriger Projekte und Maßnahmen im Kampf gegen Antisemitismus

Auch vor der Benennung des Beauftragten gegen Antisemitismus gab es landesseitige Maßnahmen, die sich diesem Problemfeld widmeten. Dadurch, dass jedoch seit März 2018 der Posten des Beauftragten geschaffen wurde, rückte das Thema weiter in den Fokus von Landesverwaltung und -politik.

Insgesamt betrachtet gibt es eine große Zahl an Maßnahmen, Projekten, Initiativen und Programmen der Ressorts, die sich direkt oder im weiteren Sinne mit der Bekämpfung von Antisemitismus befassen. Für detaillierte Darstellungen sei auf die Landtagsdrucksachen 16/3346 und 16/3622 verwiesen.

An dieser Stelle sollen beispielhaft Maßnahmen und Initiativen genannt werden, die sich explizit mit der Bekämpfung von Antisemitismus befassen und die im Berichtszeitraum entwickelt oder weiterentwickelt wurden.

Politische Bildung und Handreichungen für Lehrkräfte

In ihrer Zielsetzung, die politische Bildung in Baden-Württemberg zu fördern und zu vertiefen leistet die Landeszentrale für politische Bildung (LpB) auch im Bereich der Aufklärung gegenüber Antisemitismus wichtige Arbeit. So wurde unter der Zusammenarbeit von LpB, dem Landesinstitut für Schulentwicklung (jetzt: Zentrum für Schulqualität und Lehrerbildung) und weiterer Stellen eine gemeinsame Handreichung für Lehrerinnen und Lehrer entwickelt zum Umgang mit Antisemitismus an Schulen.

Mit differenzierten und handlungsorientierten Ansätzen klären Expertinnen und Experten in der Handreichung über den gegenwärtigen Antisemitismus auf und geben den Lehrkräften die Möglichkeit, das Thema sowohl adäquat im Unterricht zu behandeln als auch mögliche antisemitische Vorkommnisse richtig einzuordnen. In die Handreichung floss auch die Perspektive des Beauftragten mit ein.

Meldepflicht an Schulen

Das Kultusministerium hat im März 2018 eine Meldepflicht für „religiöses und ethnisches Mobbing“ an allen weiterführenden Schulen im Land eingeführt. Damit werden antisemitische Vorfälle, die mit einer Ordnungsstrafe nach § 90 SchulG belegt werden, gegenüber dem Schulamt und dem Kultusministerium meldepflichtig. Das Kultusministerium nimmt dann, oft in Absprache und mit Unterstützung des Beauftragten, Kontakt mit der Schule auf und es wird versucht, eine Lösung zu finden, die alle Beteiligten einbindet. Dies ist ein enorm wichtiger Schritt, um Schulleitungen von der

Entscheidung zu entlasten, ab wann und wie man auf antisemitische Vorfälle an der eigenen Schule reagiert.

Bisher konnten so 13 sehr unterschiedliche Vorfälle an Schulen bearbeitet werden. Auch dem Beauftragten vorgetragene Fälle reichen dabei von Schmierereien von Schülerinnen und Schülern bei Gedenkstättenfahrten bis hin zu Konflikten im Lehrerkollegium.

Zur Information der Schulleitungen über das Thema Antisemitismus haben an den Regierungspräsidien Direktorentagungen stattgefunden. An zweien hat der Beauftragte als Vortragender und Diskussionsteilnehmer mitgewirkt.

Erweiterung der bestehenden Meldestellen

Wenn es um Prävention und Beratung im Bereich Antisemitismus geht, hat die Landesregierung mit dem Demokratiezentrum Baden-Württemberg einen starken Vernetzungspartner. Unter dem Dach des Demokratiezentrums sind verschiedene Beratungs- und Fachstellen angesiedelt.

So arbeitet die Beratungsstelle „Leuchtlinie“ im Themenbereich rechter Gewalt. Über den Online-Meldedienst können Vorfälle rechter Gewalt gemeldet und Betroffenenhilfe in Anspruch genommen werden. Wie bereits im Kapitel zu Zahlen geschildert wurde, sind die meisten antisemitischen Straftaten im Spektrum rechter Ideologie anzusiedeln. Leuchtlinie kümmert sich dementsprechend auch um antisemitische Angriffe und Beleidigungen, die durch politisch rechtes Gedankengut motiviert sind.

Parallel dazu wird mit der Meldestelle „respect!“ der Bereich von Online-Hate-Speech erfasst. Hassrede, die in sozialen Netzwerken oder allgemein im Internet geäußert wird, kann hier gemeldet werden. Die Meldestelle selbst bringt dann gegebenenfalls die Äußerungen zur Anzeige. Wie bei Leuchtlinie gibt es auch bei respect! die Möglichkeit Beratungsangebote wahrzunehmen.

Eine spezialisierte, bis vor kurzem auf den Raum Berlin beschränkte Meldestelle findet sich im Projekt „RIAS - Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus“.

Derzeit wird das Meldesystem von RIAS mit den Systemen von Leuchtlinie sowie respect! gekoppelt, um eine einheitliche Aufnahme antisemitischer Vorfälle in Baden-Württemberg zu gewährleisten. Diese Kooperation entsteht unter dem Dach des Demokratiezentrums und wird zunächst aus dem Etat des Beauftragten finanziert.

Sicherheit und Recht

Das Innenministerium und das Landespolizeipräsidium haben den bereits bestehenden Kontakt zu den israelitischen Religionsgemeinschaften Baden und Württemberg seit Mitte

2018 weiter intensiviert. Ergänzend zu den polizeilichen Schutzmaßnahmen erhielten die Gemeinden zuletzt erneut Angebote, die technische Sicherheit ihrer Einrichtungen und Synagogen zu prüfen. Zusätzlich wurden neue Ansprechpartnerinnen und -partner für die israelitischen Religionsgemeinschaften von den Polizeidienststellen benannt.

Im aktuellen Koalitionsvertrag der Landesregierung wurde die Zuständigkeit des „Kompetenzzentrums zur Koordinierung des Präventionsnetzwerks gegen (islamistischen) Extremismus in Baden-Württemberg“ (KPEBW) über das ursprüngliche Aufgabenfeld „Bekämpfung des islamistischen Terrorismus“ hinaus erweitert. So wurde der Zusatz „(islamistischen)“ im Namen des KPEBW im September 2017 durch Beschluss des Lenkungsausschusses KPEBW gestrichen. Im Juni 2018 wurde der Name in „konex – Kompetenzzentrum gegen Extremismus in Baden-Württemberg“ geändert.

Das konex hat das Thema Antisemitismus in sein Fortbildungsprogramm aufgenommen und steht in regelmäßigem Dialog mit den jüdischen Gemeinden in Baden-Württemberg. Das dort angesiedelte Landesbildungszentrum Deradikalisierung sensibilisiert ausgewählte Zielgruppen, die Beleidigungen oder antisemitisches Verhalten erkennen sollen. Die Besonderheit ist dabei, dass Antisemitismus nicht mehr nur ein klassisches rechtsextremistisches Thema darstellt. Meinungsäußerungen, die sich gegen den Staat Israel richten oder den jüdischen Glauben betreffen, kommen auch aus Bevölkerungsgruppen mit anderem politischen oder religiösen Hintergrund.

Ein wichtiges Anliegen des Beauftragten war auch die Benennung von Schwerpunktbeauftragten für den Themenbereich Antisemitismus bei den Generalstaatsanwaltschaften des Landes. Das Justizministerium hat diesen Vorschlag des Beauftragten erfreulicherweise bereits aufgegriffen.

Erhalten und Erinnern

Im Hinblick auf das lebendige und verantwortungsvolle Erinnern an die Schoah und die Verbrechen während des Nationalsozialismus leisten die Gedenkstätten im Land eine herausragende Arbeit. Besonders zu würdigen ist, dass die über 70 Lern- und Gedenkorte in weiten Teilen von dem Engagement von Ehrenamtlichen leben.

Doch sind die Gedenkorte gegenwärtig vor eine doppelte Herausforderung gestellt: Zum einen sieht man sich mit der Tatsache konfrontiert, dass aufgrund hohen Alters immer weniger Zeitzeuginnen und -zeugen mitwirken können. Zum anderen ziehen sich mit zunehmendem Alter aber auch viele engagierte Ehrenamtliche zurück, die in den vergangenen Jahrzehnten die Lern- und Gedenkorte geprägt haben. Hier müssen immer wieder neue Generationen von Ehrenamtlichen gewonnen und begleitet werden, die auch neuen Herausforderungen wie zunehmend heterogenen Besuchergruppen und digitalen Medien begegnen.

Die Gedenkstätten entwickeln sich gegenwärtig konstant weiter und stellen sich bewusst dieser Phase des radikalen Umbruchs. Diese wichtige Arbeit aus der Mitte unserer Gesellschaft durch verstärkte finanzielle Förderung zu unterstützen sollte ein Grundstein des Kampfes gegen Antisemitismus darstellen.

Arbeit des Beauftragten

Seit der Einsetzung als Beauftragter des Landes gegen Antisemitismus durch den Ministerrat im März 2018 hat sich Dr. Michael Blume auf vielfältige Weise der Bekämpfung des Antisemitismus gewidmet. Ihm wurden als Beauftragten durch die Landesregierung folgende Aufgaben schwerpunktmäßig übertragen:

- ressortübergreifende Koordination der Maßnahmen der Landesregierung zur Bekämpfung des Antisemitismus,
- Ansprechpartner für Belange jüdischer Gruppen und gesellschaftlicher (auch internationaler) Organisationen,
- Ansprechpartner und Vermittler für Antisemitismusbekämpfung durch Bund, Länder und Zivilgesellschaft,
- Mitwirkung in einer ständigen Bund-Länder-Kommission mit Vertreterinnen und Vertretern der zuständigen Stellen,
- Sensibilisierung der Gesellschaft für aktuelle und historische Formen des Antisemitismus durch Öffentlichkeitsarbeit sowie politische und kulturelle Bildung.

Der Beauftragte steht nicht nur mit den Vertreterinnen und Vertretern des ihm zur Seite gestellten Expertenrats im regen Austausch, er koordiniert sich auch mit den entsprechenden Ansprechpartnerinnen und -partnern der Ministerien Baden-Württembergs, tauscht sich über Maßnahmen gegen Antisemitismus aus und setzt sich für eine Vernetzung dieser Maßnahmen ein.

Weiterhin steht der Beauftragte in Kommunikation mit den Israelitischen Religionsgemeinschaften Baden und Württemberg sowie mit verschiedenen zivilgesellschaftlichen Organisationen, die sich insbesondere gegen gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit engagieren.

Auch auf internationaler Ebene vernetzt sich Dr. Blume mit anderen Beauftragten gegen Antisemitismus, so z.B. auf dem Kongress des World Jewish Congress oder im Bereich der EU.

Dr. Blume steht zudem der Öffentlichkeit als Gesprächspartner zur Verfügung und erhält regelmäßig eine Vielzahl an Bürgeranfragen, durch die er unter anderem auf Missstände sowie antisemitische Vorkommnisse aufmerksam gemacht wird. Hier ordnet Dr. Blume die Vorkommnisse ein, vermittelt und leitet Betroffene an die entsprechenden Meldestellen und Betroffenenberatungen weiter.

Auch wirkt Dr. Blume aktiv in der Bund-Länder-Kommission zur Bekämpfung von Antisemitismus und zum Schutz jüdischen Lebens mit und war zusammen mit dem Bundesbeauftragten Dr. Felix Klein Gastgeber des zweiten Treffens der Beauftragten gegen Antisemitismus von Bund und Ländern an der Hochschule für Jüdische Studien in Heidelberg.

In seiner Funktion als Beauftragter hat Dr. Blume seit seiner Benennung bereits bei mehr als 160 Veranstaltungen in Schulen, Gedenkstätten, Kirchen und bei zahlreichen zivilgesellschaftlichen Organisationen Vorträge und Workshops gehalten und so zu einer Sensibilisierung für das Phänomen des Antisemitismus beigetragen. Dabei beschränkt er sich nicht nur auf den Großraum Stuttgart oder andere größere Städte in Baden-Württemberg, sondern besucht bewusst auch ländlich geprägte Gegenden und Gemeinden kleiner und mittlerer Größe. Hier erlebt er ein großes öffentliches Interesse, aber auch Sorgen um das Schwinden lokaler Medien und Kritik an bürgerfernen Narrativen, die sich stark auf die Situation in den Großstädten beziehen.

Weiterhin steht Dr. Blume den Medien als Experte zur Verfügung. Zwischenzeitlich sind bereits eine Vielzahl an Zeitungsinterviews, Beiträgen in Zeitschriften, im Radio und im Fernsehen erschienen, in denen er informiert, auf die gegenwärtige Lage des Antisemitismus hinweist und mögliche Handlungsoptionen aufzeigt.

Ausblick

All dies sind wichtige und richtige Ansätze. Bei der Gesamtbetrachtung des Antisemitismus, wie er sich aktuell zeigt, reichen diese aber aus Sicht des Beauftragten nicht aus.

Insbesondere die rasante Entwicklung digitaler Medien verändert nicht nur die Erscheinungsformen von Antisemitismus, sie muss auch unsere Art verändern, wie wir Antisemitismus entgegentreten.

Auf Grundlage einer Vielzahl von Gesprächen, Treffen und eigener praktischer wie wissenschaftlicher Auseinandersetzung mit dem Thema legt der Beauftragte im Folgenden Landtag und Landesregierung eine Reihe von Handlungsempfehlungen vor, deren Umsetzung als dringend notwendig angesehen werden, um in der Bekämpfung des Antisemitismus mit aktuellen gesellschaftlichen Entwicklungen Schritt zu halten.

V. Handlungsempfehlungen – Was tun im Kampf gegen Antisemitismus?

Aus Sicht des Beauftragten lässt sich Antisemitismus nicht isoliert und mit einzelnen Maßnahmen bekämpfen. Nur im Zusammenspiel verschiedener Grundhaltungen, Maßnahmen und Akteure können Politik und Gesellschaft antisemitischen Einstellungen und Taten begegnen. Es braucht ein ressortübergreifendes Handeln, das Maßnahmen der inneren Sicherheit und des Rechts, der forcierten Integration, Bildung, Wissenschaft und Erinnerungskultur mit Begegnungs- und Dialogprojekten verknüpft.

In den folgenden Handlungsempfehlungen wird daher die Rolle der Kommunen ebenso thematisiert wie der Bedarf nach aussagekräftigen Studien, generations- und berufsübergreifenden Bildungs- und Begegnungsangeboten, einer an die Umbrüche der Zeit angepassten Erinnerungskultur und eines wehrhaften Rechtsstaats. Entsprechend werden die Handlungsempfehlungen anhand folgender Kategorien vorgestellt:

- Demokratie festigen
- Hinschauen
- Zusammenhänge aufklären
- Bilden
- Begegnen
- Erinnern
- Schützen und abwehren
- Brücken bauen

V.1. Demokratie festigen

Kommunen und Justiz als wichtige Akteure im Kampf gegen Antisemitismus

Städte und Kommunen sind der Ort, an dem die Begriffe der Politik (von „Polis“) und des selbstbewussten, integrierenden Bürgertums begründet wurden. Hier wird Demokratie gelernt und Selbstwirksamkeit erfahren. Der Verleger, Jurist und Demokrat Hermann Schmitt-Vockenhausen (1923 – 1979) attestierte den Gemeinden im Verfassungsstaat, sie seien „der eigentliche Ort der Wahrheit, weil sie der Ort der Wirklichkeit sind.“ Es ist also kein Wunder, dass antisemitische und populistische Bewegungen ganz gezielt die demokratisch verfasste Kommunalpolitik attackieren und etwa mit Falschmeldungen, Provokationen und Aufmärschen das Zusammenleben vor Ort angreifen. Zu ihren Zielen gehört die Etablierung von lokalen „No-Go-Areas“, in denen sich Angehörige ethnischer und religiöser Minderheiten nicht mehr angstfrei bewegen können.

Zudem setzen sie gezielt auf lokale Provokationen, um mit einer geringen Zahl von Demonstranten und Plakaten maximale Angst zu schüren und Aufmerksamkeit zu

erreichen. So warb die Partei „Die Rechte“ auch in Baden-Württemberg mit Plakaten mit klar antisemitischen Aussagen für sich (so z.B. „Israel ist unser Unglück“, „Wir hängen nicht nur Plakate“). Auch andere rechtsextreme Parteien versuchten sich bereits seit 2009 in entsprechenden rassistischen, antisemitischen und volksverhetzenden Provokationen.

Bereits während des Wahlkampfs sprach sich daher der Beauftragte für ein Entfernen dieser Plakate und das Untersagen extremistischer Provokationen durch die Kommunen auf Basis des Ordnungs- und Polizeirechts aus. Die Gerichte bis hinauf zum Bundesverfassungsgericht haben entsprechend mutigem Einschreiten kommunaler Behörden bisher deutlich den Rücken gestärkt. Allerdings haben andere Kommunen die Konfrontation gescheut und auf „Rechtsrisiken“ verwiesen. Zumal für die kommenden Wahlkämpfe ähnliche Provokationen zu erwarten sind, muss sich der Rechtsstaat hierzu vorbereitend und rechtssicher aufstellen.

Der Beauftragte empfiehlt daher:

- die Ernennung jeweils einer oder eines konkreten Beauftragten gegen Antisemitismus in den Land- und Stadtkreisen, die sich in die Thematik einarbeiten und mit dem Landesbeauftragten ein Netzwerk bilden;
- eine Aufarbeitung antisemitischer und rassistischer Vorfälle im Europa- und Kommunalwahlkampf 2019 durch das Innenministerium und den Landesbeauftragten in Kooperation mit den kommunalen Landesverbänden, um darauf aufbauend eine gemeinsame Handlungsempfehlung für das zukünftige Vorgehen und, falls nötig, eine Verschärfung des Ordnungsrechts vorschlagen zu können;

V.2. Hinschauen

Für den Antisemitismus – wie für alle Formen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit – gilt: Wir brauchen eine Kultur des Hinschauens. Einzelpersonen und noch stärker Institutionen geraten immer noch in die Versuchung, Probleme und Vorfälle nicht aufzuarbeiten, sondern zu verharmlosen und wegzudrücken. Welche Schule oder Hochschule, welche Redaktion, Sicherheits-, Verwaltungs- oder Justizeinheit, welche Kommune, religiöse Gemeinde oder welcher Verein möchte auch schon öffentlich mit antisemitischen und rassistischen Vorfällen in Verbindung gebracht werden? Schnell werden dann Betroffene oder Anzeigende als „übersensibel“ abgetan, Vorgänge vertuscht statt aufgearbeitet und beispielsweise nicht die Mobbenden, sondern die Opfer von Mobbing isoliert. Neben der in Bürokratien typischen Zersplitterung von Verantwortung und der Tendenz zur Risikoaversion spielt dabei oft auch inhaltliche Unsicherheit eine große Rolle.

Die erfolgreiche Bekämpfung des Antisemitismus setzt aber gerade eine „Kultur des Hinschauens“ voraus, die etwa rassistische Witze und Internet-Kommentare, Hakenkreuze als Schmierereien und in WhatsApp-Gruppen, problematische Namensgebungen, Dämonisierungen einzelner Religionen oder des Staates Israel aktiv und vorausschauend thematisiert und Angegriffene schützt. Ein solcherart couragiertes Vorgehen sollte den jeweiligen Institutionen und Akteuren positiv angerechnet werden. Gleichzeitig ist jedoch auch der Rechtsstaat in der Pflicht, mit Fortbildungen, Unterstützung, Beratung und Rechtshilfe jenen beizustehen, die sich gegen Antisemitismus und Rassismus einsetzen.

Eine Meldestelle als vertrauenswürdiger Partner für jüdische Gemeinden

Sei es aus Angst, Scham oder Resignation: Viele antisemitische Vorfälle werden von Betroffenen nicht gemeldet, meist weil sie damit keine Hoffnungen verbinden oder nicht genug Sensibilität von staatlichen Stellen erfahren haben. Anonymisierte Befragungen in jüdischen Gemeinden zeigten zuletzt zunehmende Gefühle der Bedrohung und Angst, meist begründet mit Erfahrungsberichten über antisemitische Vorfälle im Netz und im öffentlichen Raum. Um wirklich aussagefähig zu sein, Antisemitismus in Baden-Württemberg umfassend beschreiben und aufzeigen sowie Betroffenen effektiv helfen zu können, ist es daher aus Sicht des Beauftragten von großer Bedeutung, strukturelle Möglichkeiten zu schaffen, die ein Hinschauen und Erkennen von Problemlagen verbessern. Im Aufbau befindet sich momentan die Kooperation zwischen der Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus (RIAS) und den Meldestellen des Demokratiezentrum Baden-Württemberg.

RIAS hat in den vergangenen Jahren eine Systematik für die Erfassung von antisemitischen Vorfällen entwickelt, die wissenschaftlich fundiert und bereits in Berlin und in Anfängen auch in anderen Bundesländern angewendet wird. Bereits jetzt finanziert der Beauftragte eine Vorstudie und die beginnende Kooperation zwischen dem

Demokratiezentrum und RIAS. Um jedoch die langfristige Finanzierung und die Bündelung der Expertise sicherzustellen, sollte für eine verlässliche Weiterfinanzierung gesorgt werden. So kann ein transparentes und vertrauenswürdiges Meldesystem eingerichtet werden, in welchem Betroffene ihre Erfahrungen mit Antisemitismus schildern können, Trends und gegebenenfalls regionale Brennpunkte sichtbar werden und Betroffene professionelle Beratung und Hilfe erhalten.

Mit der Anwendung gleicher Erfassungskategorien in unterschiedlichen Ländern wird es (ähnlich wie bei der Kriminalstatistik) auch möglich werden, Vorfalzzahlen in den Ländern zu vergleichen. Der Beauftragte empfiehlt daher, im Rahmen des RIAS-Bundesverbands den bundesweiten Vergleich von Vorfalzzahlen zu ermöglichen.

Der Beauftragte empfiehlt daher:

- die Verstärkung der Kooperation zwischen RIAS und dem Demokratiezentrum Baden-Württemberg;
- die gemeinsame Entwicklung und Präsentation von Schwerpunkt-Auswertungen, beispielsweise zu Antisemitismus in sozialen Medien oder im regionalen Vergleich.

Den Blick ausweiten durch landesspezifische Studien

Befragungen in den jüdischen Gemeinden und der Gesamtbevölkerung können hilfreich sein, um sich ein größeres Bild von der gegenwärtigen Lage des Antisemitismus in Baden-Württemberg zu machen. In regelmäßigen Abständen sollten daher Befragungen durchgeführt und ausgewertet werden.

Bereits jetzt wurde die Universität Leipzig mit einer Sonderauswertung der Daten der sogenannten Leipzig-Studien betraut. Dabei wurde analysiert, welche antisemitischen Einstellungen in der Bevölkerung von Baden-Württemberg existieren. Es hat sich jedoch gezeigt, dass für die seriöse Einzelauswertung eines Bundeslandes die Anzahl der Befragten in Baden-Württemberg in den kommenden Studien erhöht werden muss.

Der Beauftragte empfiehlt daher die Ausweitung solcher und ähnlicher Studien, um Umfrageergebnisse regelmäßig auf die Situation in einzelnen Ländern herunterbrechen zu können. Außerdem empfiehlt der Beauftragte regelmäßige Befragungen in Baden-Württemberg zu Antisemitismus und gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit, die Auswertungen bezüglich Ursachen und Milieus zulassen, die regelmäßig auch die Betroffenen-Perspektive einbeziehen und die auch in nichtdeutschen Sprachen durchgeführt werden. Das Büro des Beauftragten wird die Ergebnisse solcher Studien regelmäßig zugänglich machen, um auch anderen Institutionen, Medien und der

Bevölkerung die Möglichkeit des Hinschauens zu geben und sich selbst ein Bild von der Lage zu machen.

Der Beauftragte empfiehlt daher:

- die verlässliche Bund-Länder-Förderung der Leipzig-Studie mit einer deutlich erhöhten Anzahl an Befragten;
- die Ergänzung der Datengrundlage durch eigene Studien in Baden-Württemberg mit Erhebungen auch in nichtdeutschen Sprachen.

Von wegen „Lügenpresse“: Medienschaffende als Betroffene von Antisemitismus

Medienschaffende erleben wie wenige andere Berufsgruppen im Netz und darüber hinaus antisemitische Anfeindungen. Als vermeintliche Vertreterinnen und Vertreter einer von Verschwörern und bösen Mächten gesteuerten Informationspolitik wird ihre Arbeit teils massiv angegriffen. Insbesondere im Lokaljournalismus kann die Angst um Bekanntwerden privater Daten wie Wohnadresse oder die Bedrohung der eigenen Familie hinzukommen. Gleichzeitig befördern Einsparmaßnahmen die Ausbreitung unsicherer Beschäftigungsverhältnisse und Einsparungen beim Rechtsschutz. Eine unabhängige und vielfältige Berichterstattung gerade auch zu extremistischen Umtrieben ist unter diesen Umständen zunehmend erschwert.

Der Beauftragte empfiehlt daher:

- eine Studie in Auftrag zu geben, die die Erfahrungen von Medienschaffenden in Baden-Württemberg mit antisemitischen und rassistischen Beschimpfungen und Drohungen erfasst;
- darauf aufbauend Fortbildungsangebote für Medienschaffende zum Umgang mit antisemitischen Anfeindungen, Handlungs- und Beratungsoptionen mit dem Landesmedienzentrum und zivilgesellschaftlichen Beratungs- und Kompetenzstellen zu schaffen;
- eine unabhängige Beratungsstelle für Journalistinnen und Journalisten zu schaffen, z.B. bei der Beratungsstelle für die Opfer rechter und antisemitischer Gewalt, „Leuchttlinie“.

Beratung im Schulkontext

Unter Lehrkräften besteht ein großes Interesse aber auch ein erklärter hoher Informations- und Fortbildungsbedarf zum Thema Antisemitismus. Nicht selten wurde dem Beauftragten berichtet, dass es nach Vorfällen lange und schwierige Debatten über ein angemessenes Vorgehen gegeben habe und beratende Unterstützung von Fachleuten fehlte. Das neue Zentrum für Schulqualität und Lehrerbildung bietet nun die Chance auf eine leicht auffindbare Telefonnummer mit fachlich versierten und klar verantwortlichen Ansprechpersonen. Diese wären auch die natürlichen Ansprechpartner für das geplante OFEK-Fortbildungszentrum (vgl. dazu Kapitel V.4.).

Mit Einführung der Meldepflicht für antisemitische und andere religiös oder ethnisch begründete diskriminierende Äußerungen und Handlungen an den Schulen des Landes haben die Schulleitungen in Baden-Württemberg erstmals eine klare Handlungssicherheit erhalten, wie in solchen Fällen zu verfahren ist: eine Meldung entsprechender Vorfälle bedeutet also keinen drohenden Gesichtsverlust für die Schule mehr, sondern eine Pflichterfüllung.

Im Schulalltag zeigt sich jedoch immer noch eine Unsicherheit, welche Vorfälle eine Erziehungs- oder Ordnungsmaßnahme im Sinne des § 90 SchulG und damit die Meldepflicht auslösen. Gleichzeitig legen Lehrkräfte Wert darauf, bei niedrigschwelligen Vorfällen zunächst vor Ort und pädagogisch reagieren zu können. Schulleitungen müssen also im geltenden System Meldungen von Eltern, Lehrkräften und Betroffenen einordnen. Daher sollte nach zwei Jahren eine Auswertung der praktischen Erfahrungen der erlassenen Meldepflicht vorgenommen werden.

Der Beauftragte empfiehlt daher:

- Schaffung einer zentralen, auch im Organigramm ausgewiesenen Anlaufstelle gegen Antisemitismus und für jüdisches Leben mit mind. zwei vollen Personalstellen im neuen Zentrum für Schulqualität und Lehrerbildung (ZSL);
- die Evaluation der Meldepflicht bei antisemitischen und anderen religiös oder ethnisch begründeten diskriminierenden Äußerungen und Handlungen durch das Kultusministerium und den Beauftragten;
- die stärkere Bereitstellung von Fortbildungs- und Materialangeboten für engagierte Lehrkräfte;
- die Etablierung einer verlässlichen Förderstruktur für schulische und außerschulische Projekte gegen Hetze, Cybermobbing und Trolling.

V.3. Zusammenhänge aufklären

Von der Sprache an haben Medien die Identität und Organisation menschlicher Gesellschaften bestimmt.

Die Einführung neuer Medien wie Buchdruck und elektronische Medien (Radio und Film) gingen jeweils mit Entwicklungsschüben, aber auch schweren Erschütterungen, Verschwörungsmmythen und Gewalt einher. So war der Aufbau des öffentlich-rechtlichen Rundfunksystems in Deutschland ab 1945 eine direkte Folge der Zerstörung des Weimarer Mediensystems und damit der Weimarer Republik durch das NS-Regime. Die Republik ist selbst ein Kind des Zeitungsdrucks und war von Anfang an durch ein integratives und zukunftsorientiertes Selbstverständnis gekennzeichnet. Nicht zufällig bezeichnen wir das Grund- und Menschenrecht der Medienfreiheit daher nach wie vor als „Pressefreiheit“.

Heute haben wir es wieder mit einem digital befeuerten, globalen Antisemitismus zu tun, in dem Verschwörungsmmythen rechter, linker und religiöser – nicht zuletzt islamischer – Traditionen zusammenfließen und einander bestärken. Internationale Digitalkonzerne wie Facebook und Google verändern und bedrohen die Diskurs- und Funktionsfähigkeit liberaler Rechtsstaaten. Sparmaßnahmen führen zum Rückzug von Medien aus der Fläche und einer unguten Zentralisierung der Wahrnehmungen und Diskussionen auf die Hauptstädte. Auch dadurch verstärken sich Gefühle, von „arroganten Eliten“ nicht mehr wahrgenommen zu werden und wenig Einfluss darauf nehmen zu können, was „die da oben“ tun. Noch bewahrt der bundesdeutsche Föderalismus Deutschland vor auch antisemitisch grundierten „Gelbwesten“-Protesten, wie sie in Frankreich in den letzten Monaten zu beobachten waren. Aber staatliche, öffentlich-rechtliche und freie Medienanbieter müssen, statt um schwindende Aufmerksamkeit und Werbeeinnahmen nur zu konkurrieren, dringend eine neue, auch digital funktionierende Struktur lokaler und regionaler Berichterstattung etablieren können.

Antisemitismus wurde immer über Medien wie Sprache und Bilder tradiert und radikalisiert sich auch heute medial. Aus Sicht des Beauftragten ist daher der Zustand der Medien ein Schlüsselthema auch für diesen Politikbereich.

Lokale Medien als Lernorte der Demokratie stabilisieren

Jedes demokratische System setzt voraus, dass sich Bürgerinnen und Bürger aus verschiedenen, möglichst hochwertigen Medien über politische Vorgänge sowie Kandidatinnen und Kandidaten informieren können. Der Beauftragte unterstützt daher Stimmen in der Staatsrechtslehre, die dafür plädieren, neben den unverzichtbaren Rollen von Judikative, Exekutive und Legislative auch die Publikative – als Summe aller Medien – stärker zu gewichten und zu diskutieren.

Um antisemitischer und populistischer Manipulation ein demokratisches Gegengewicht bieten zu können, braucht es schon auf Ebene der Kommunen attraktiven und bürgernahen Lokaljournalismus, im Gleichgewicht zwischen städtischen Medien (z.B. Pressestellen, Amtsblätter), öffentlich-rechtlichen Angeboten (z.B. SWR) und privatwirtschaftlichen Medienanbietern. Wo dagegen die Wahrnehmung kommunaler Politik wegfällt, Zusammenhänge vor Ort nicht mehr debattiert werden und Gewählte nicht mehr als persönlich bekannte Volksvertreterinnen und -vertreter präsent erlebt werden, steht ein Grundsatz der parlamentarischen Demokratie auf dem Spiel, entstehen Gefühle des Heimatverlustes, fehlender Selbstwirksamkeit und werden Verschwörungsmythen gegen „die da oben“ scheinbar plausibel. Starke und seriöse Lokalmedien schützen daher unsere Republik vor dem populistischen Vorwurf einer vermeintlich abgehobenen oder gar verschwörerischen „Berliner Blase“.

Doch Qualitätsjournalismus braucht – auch wenn er digital geschieht – eine solide Finanzierung. Insbesondere für den schnell wachsenden Online-Bereich gilt es daher, einen sinnvollen Kompromiss zwischen finanzieller Vergütung und möglichst ungehindertem Zugang zu Medieninhalten zu finden.

Medien kommt darüber hinaus eine wichtige Rolle in der unabhängigen Recherche und Aufklärung zu. Dies gilt selbstverständlich auch für die Aufdeckung unlauterer Medieninhalte, Fake-News und extremistischer (Digital)netzwerke.

Gegen die Verbreitung von Fake-News und Falschinformationen wurde auf EU-Ebene ein „Aktionsplan gegen Desinformation“ entwickelt. Der Beauftragte empfiehlt, bei der Umsetzung des Aktionsplans aktiv mitzuwirken.

Der Beauftragte empfiehlt daher:

- eine landesweite Diskussion über die Rolle des Lokaljournalismus in der föderalen Demokratie anzustoßen;
- die öffentliche Diskussion von Varianten eines landesweiten Bezahlsystems zur Stabilisierung lokal und regional verwurzelter Medien anzuregen;
- die regional ausgewogene Verteilung von Projektmitteln gegen Antisemitismus und Rassismus immer wieder einzufordern.

Mediennutzung und Altersradikalisierung

Gesellschaftlich schwierige Probleme werden regelmäßig einseitig auf die jungen Generationen projiziert. So werden auch in heutigen Diskussionen und Forschungen zum

Antisemitismus häufig bereits als „Digital Natives“ aufgewachsene junge Menschen in den Blick genommen und „problematisiert“.

Jedoch zeigt sich durch aktuelle Studien auch in Baden-Württemberg, dass antisemitische und rassistische Einstellungen noch sehr viel stärker bei Älteren zu finden sind. Auch Bereiche der Politik, öffentlichen Verwaltung, Polizei, Justiz und Wissenschaften selbst werden immer wieder von vermeintlichen Einzelfällen erschüttert.

Tatsache ist: Viele Menschen radikalieren sich in antisemitischen, rassistischen und zum Beispiel „reichsbürgerlichen“ Ansichten erst im fortschreitenden Alter. Dies hat unter anderem mit einer stärkeren Betonung von Sicherheitsinteressen, einer zunächst unreflektierten Nutzung neuer Medien und einem oft auch schwindenden Gefühl von gesellschaftlicher Wirkmächtigkeit zu tun. Um diese Prozesse besser einschätzen und ihnen effektiver begegnen zu können, braucht es eine breiter aufgestellte Forschung und Medienpädagogik.

Der Beauftragte empfiehlt daher:

- gerade auch die Umbruch- und Krisenerfahrungen vieler älterer Menschen inmitten der aktuellen Medienrevolution wahr und ernst zu nehmen;
- gemeinsam mit dem Landesseniorenrat und der Wissenschaft die positiven wie auch negativen Erfahrungen Älterer mit neuen Medien zu reflektieren und Vorschläge für neue Forschungs- und Fortbildungsangebote zu entwickeln;
- gemeinsam mit konex ein interdisziplinäres und generationenübergreifendes Forschungsprojekt zu antisemitischen und rassistischen Vorfällen und Radikalisierungen in digitalen Medien anzustoßen.

Verbundene Formen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit in den Blick nehmen

Der Antisemitismus ist ein Rassismus, wenn auch durch die Verbindung mit Verschwörungsmmythen besonders gefährlich und virulent. Sowohl in der Geschichte wie in der Gegenwart haben sich dabei antisemitische Verschwörungsmmythen auch mit anderen Rassismen verbunden und diese weiter radikalisiert. So wurde im mörderischen Antiziganismus der NS-Zeit der absurde Vorwurf gegen die überwiegend christlichen Roma und Sinti erhoben, diese hätten als Teil der „semitischen Weltverschwörung“ die „Arier“ in Indien „durchrasst“ und seien zur Vernichtung der europäischen „Arier“ nach Europa entsandt worden. Auf dieser Basis wurde ihre Einbeziehung in die verbrecherischen Rassengesetze und schließlich die Massenmorde des Holocaust begründet. Auch die Volksgruppe der Jenischen erlitt Verfolgungen. Ebenso wurden Homosexuelle beschuldigt, sich an der „Reinerhaltung der Rasse“ versündigt zu haben

und wurden verfolgt, angegriffen und ermordet. Auch Menschen mit Behinderung wurden in sogenannten „Euthanasieprogrammen“ ermordet, im baden-württembergischen Grafeneck erstmals durch Vergasen.

Nicht zufällig versuchen heutige Rassisten und Antisemiten diesen Teil der NS-Geschichte zu verdrängen und den Antisemitismus auf einen vermeintlichen „Religionskonflikt“ zu beschränken, der mit anderen Formen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit in keinem Zusammenhang stünde. Tatsächlich aber stehen die heutigen Verschwörungsmysen über eine angeblich jüdisch mitbestimmte „Umvolkung“, die Zuwanderer etwa aus afrikanischen und arabischen Ländern als „Invasoren“ verunglimpft, in genau dieser Tradition. Auch ist eine öffentliche Aufarbeitung des Antiziganismus noch immer nur teilweise vollzogen worden. In Umfragen äußern sehr viel größere Bevölkerungsteile antiziganistische als antisemitische Einstellungen. Auch die früher häufig nicht-sesshafte Volksgruppe der Jenischen erleidet bis heute Ausgrenzungen als vermeintliche „Zigeuner“.

Hinter diesen Abwertungskaskaden, die nie bei der Abwertung einer Gruppe stehen bleiben, steckt als Kernelement eine „Ideologie der Ungleichwertigkeit“. Dies hat der Wissenschaftler Wilhelm Heitmeyer und seine Kollegen in der Langzeitstudie über „Deutsche Zustände“ auch empirisch nachweisen können. Demnach tendieren Menschen, die allgemein Hierarchien zwischen sozialen Gruppen befürworten in der Regel zur Abwertung einer ganzen Reihe von Gruppen. So treten antisemitische, antiziganistische und fremdenfeindliche Haltungen regelmäßig gemeinsam auf.

Zu einer konsequenten und glaubwürdigen Bekämpfung von Antisemitismus und Rassismus gehört also auch die Wahrnehmung und Überwindung des Antiziganismus. Mit einem Staatsvertrag für die nationale Minderheit der deutschen Sinti und Roma und einem bei Staatsministerin Theresa Schopper und im Referat des Beauftragten angesiedelten Rat für die Angelegenheiten der deutschen Sinti und Roma ist eine wertschätzende Form der Zusammenarbeit gefunden worden, die auch die breite Unterstützung des Landtags erfährt. Umgekehrt wirkt der Vorsitzende des Landesverbandes Deutscher Sinti und Roma, Daniel Strauß, aktiv im Expertenrat Antisemitismus des Beauftragten mit.

Der Beauftragte empfiehlt daher:

- die bundesweit bisher einmalige Forschungsstelle Antiziganismus an der Universität Heidelberg auf Dauer zu finanzieren;
- in Zusammenarbeit zwischen der Forschungsstelle Antiziganismus, des Expertenrates Antisemitismus und des Rates für die Angelegenheiten deutscher Sinti und Roma den nächsten Antisemitismusbericht für den Landtag (voraussichtlich 2023) durch einen Schwerpunkt „Antiziganismus“ zu ergänzen;

- über einen Bund-Länder-Vorstoß den „Zug der Erinnerung“ als „rollende Gedenkstätte“ wieder in Einsatz zu bringen, der an die Verschleppung und Ermordung der verschiedenen Opfergruppen im gesamten Gebiet der damaligen Reichsbahn erinnert.

V.4. Bilden

Die zersetzenden Folgen des Antisemitismus für die Menschen und die gesamte Gesellschaft müssen immer wieder klar benannt werden. Gerade junge Menschen sollen darüber aufgeklärt werden, wie dringlich der Kampf gegen Antisemitismus ist, um ein friedliches Zusammenleben in einer Demokratie zu gewährleisten. Bildung ist dabei der Schlüssel, um Menschen zu sensibilisieren und ihnen zu zeigen, dass judenfeindliche Einstellungen und Handlungen nicht nur Jüdinnen und Juden betreffen, sondern dass bei dieser besonderen Form der Menschenfeindlichkeit die gesamte Gesellschaft auf dem Spiel steht.

Dabei darf Aufklärung nicht in Schulen und bei der heranwachsenden Generation Halt machen. Bildung gegen Antisemitismus muss auch Erwachsene in den Blick nehmen. Denn es kann nicht davon ausgegangen werden, dass alle Menschen mit Schulabschluss immun sind gegen antisemitische Vorstellungen.

Den Staat zum Vorbild für Antisemitismusprävention machen

Staatliche Stellen, Behörden und Verwaltungen, Polizei, Justiz und Schulen haben eine besondere Verantwortung, jeder Form gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit entgegenzuwirken und auch das eigene Handeln daran zu bemessen. Um der gesellschaftlichen Vorbildfunktion, die staatliche Stellen haben, gerecht zu werden, bedarf es also auch dort einer tiefgehenden Auseinandersetzung mit antisemitischen Ressentiments. In Schlüsselfunktionen von Justiz, Verwaltung und Polizei muss für ein entsprechendes Fachwissen gesorgt werden und in der direkten Begegnung mit antisemitischen Taten oder Äußerungen sollen klare Handlungsoptionen aufgezeigt werden.

Bei zahlreichen Gesprächen wurde dem Beauftragten die dringende Bitte nach aktuellen Fortbildungen und Arbeitsmaterialien zum Thema Antisemitismus vorgetragen. Dabei darf es aber nicht beim nur theoretischen Gespräch über Jüdinnen und Juden bleiben, vielmehr sollte die Expertise und Perspektive jüdischer Fachkräfte sichtbar einbezogen werden. Als vorbildlich erlebte der Beauftragte das in anderen Bundesländern bereits erprobte Bildungsangebote von OFEK – der Beratungs- und Interventionsstelle bei antisemitischer Gewalt und Diskriminierung der Zentralwohlfahrtsstelle der Juden in Deutschland e.V.

Der Beauftragte empfiehlt daher:

- Das zeitnahe Angebot von Fortbildungen mit antisemitismusspezifischen Modulen für folgende Gruppen:
 - Lehrkräfte
 - Beschäftigte in der Verwaltung
 - Beschäftigte im Justizsektor

- Polizei

- das Thema Antisemitismus mit Modulen bereits in der Ausbildung von Verwaltung, Justiz, Polizei und Lehrkräften fest zu verankern bzw. zu intensivieren;
- die Einstellung von je einem badischen und württembergischen Polizeirabbiner analog zu den kirchlichen Polizeiseelsorgern für die Arbeit mit jüdischen und nichtjüdischen Bediensteten bei Polizei und Justiz;
- den Aufbau einer Interventions-, Beratungs- und Fortbildungsstelle Antisemitismus in Baden-Württemberg nach dem Vorbild von OFEK (Berlin/Brandenburg), einer Einrichtung der Zentralwohlfahrtsstelle der Juden in Deutschland (ZWST), mit einer Anfangsfinanzierung von 200.000 €/ Jahr, um Angebote aus explizit jüdischer Perspektive entwickeln zu können.

Fortbildungen und Dialogprojekte von und für Migranten und Muslime unterstützen

In einer pluralen Gesellschaft müssen wir auch mit verschiedenen geprägten antisemitischen Einstellungen umgehen. Menschen bringen Vorurteile und antisemitische Haltungen aus ihren Heimatländern mit, die dort teilweise von der Politik der Heimatländer und nicht-deutschsprachigen Medien offen befeuert oder gar religiös vermittelt werden.

In der Bekämpfung von Antisemitismus in unserer pluralen Gesellschaft müssen wir um diese Zusammenhänge wissen, müssen die Codes und Akteure kennen, aber auch Partner aus den jeweiligen Milieus unterstützen, die sich gegen Antisemitismus einsetzen und in den jeweiligen Milieus und Medien selbst die kritische Auseinandersetzung mit antisemitischen und rassistischen Traditionen fördern und den Dialog der Religionen und Kulturen zugunsten einer gemeinsamen Wertebasis stärken.

Der Beauftragte empfiehlt daher:

- den Dialog der Religionen und Kulturen als unverzichtbare Arbeit an einer immer wieder zu erneuernden, gemeinsamen Wertebasis anzuerkennen;
- die erfolgreich etablierte Arbeit des „Islamberaters“ an der katholischen Akademie Hohenheim mit einer Dauerfinanzierung des Landes zur Vernetzung v.a. lokaler Akteure und als wichtigem Ansprechpartner für Kommunen und Gemeinden sicherzustellen;
- ein Projektförderprogramm beim Sozial- und Integrationsministerium anzulegen, um spezifische Dialogprojekte von und für Migranten und Muslime zu fördern;

- auch Musliminnen und Muslime in den deutsch-israelischen Dialog einzubeziehen, um antisemitischen Mythen entgegen zu wirken und eine faire Kenntnis der derzeit einzigen Demokratie mit Gewaltenteilung in der Region zu unterstützen.

Der Verbreitung antisemitischer Stereotype im Unterricht begegnen

Bei der Sichtung einschlägiger, in Baden-Württemberg zugelassener Schulbücher im Fach Geschichte wird eine Grundproblematik deutlich: Viel Inhalt muss auf möglichst wenig Platz umfassend präsentiert werden. Bei der Darstellung jüdischen Lebens in der deutschen Geschichte führt dies zu problematischen Auslassungen: Juden werden visuell mit antijüdischen Erkennungsmerkmalen dargestellt, ohne dass diese problematisiert würden. All dies kann dazu führen, dass ohne eine ausreichende Thematisierung im Unterricht antisemitische Motive eingeführt werden, die nicht als solche problematisiert werden. Zudem wird jüdische Geschichte oft als Sondergeschichte dargestellt, als eine Geschichte einer „anderen“ Gruppe, innerhalb der allgemein deutschen oder europäischen Geschichte.

Dies rührt an ein grundsätzliches Problem in der Geschichtsvermittlung: Im 19. und 20. Jahrhundert setzten sich leider gerade auch im deutschen Sprachraum wieder „völkische“ Geschichtsbilder durch, die den Nationalstaat bis in die vorschrittliche Zeit zurückprojizieren und damit zwischen „eigentlichen“ und „fremden“ Volkszugehörigen unterscheiden. Gelehrt wurde in Baden-Württemberg zwar auch das Leid ausgegrenzter Gruppen wie Juden oder Roma und Sinti, sie blieben aber markiert als „die Anderen“, die noch immer nicht wirklich zum Nationalstaat und seiner „eigentlichen“ Identität gehörten. Das Verständnis jeder Gesellschafts- und Staatsform als Ergebnis immer wieder neuer Medienprozesse würde es dagegen ermöglichen, multiple Identitäten und Vielfalt als Teil der Menschheitsgeschichte wertzuschätzen. Zugleich kann es auch für Schülerinnen und Schüler besonders relevant sein, über die Auseinandersetzung mit älteren Medien auch ihr eigenes, heutiges Medienverhalten zu reflektieren.

Nicht selten wurde der Beauftragte mit der Klage konfrontiert, dass sich bestimmte Inhalte vor allem über das NS-Regime im Unterricht wiederholten, wogegen andere, gegenwartsrelevante Themen wie zum Beispiel antisemitische Musik oder der Umgang mit NS-Propaganda im Netz deutlich zu kurz kämen. Fächerübergreifendes Unterrichtsmaterial, das Geschichte und Gegenwart miteinander verbindet, beispielsweise den Geschichts- mit dem Ethikunterricht, wird dafür dringend benötigt.

Der Beauftragte empfiehlt daher:

- die Prüfung von Schulbüchern auf antisemitische/ vorurteilsgeleitete Darstellungen deutsch-jüdischer Geschichte in Bild und Schrift;

- die Einrichtung einer entsprechenden Reformkommission unter Einbeziehung des Landesbeauftragten, um die Schulbuchzulassung in Baden-Württemberg transparenter, kritik- und zukunftsfester zu gestalten;
- eine stärkere Gewichtung von Medien und ihrer Wirkung im Geschichtsunterricht: Wie prägten und prägen Menschen in verschiedenen Medien ihre Identitäten und Gesellschaften aus?
- Die Weiterentwicklung der schulischen Holocaust-Pädagogik mit modernen, auch digitalen Angeboten und fächerübergreifenden Unterrichtsmaterialien.

Ethikunterricht ab Klasse 1 aufstellen

Der im Grundgesetz vorgesehene konfessionelle Religionsunterricht hat sich in Baden-Württemberg hervorragend bewährt. Auch, aber nicht nur Mitglieder von Kirchen und Religionsgemeinschaften erhalten eine solide Emotions- und Wertebildung sowie Einblicke in die Vielfalt der Weltreligionen und Weltanschauungen. Vor allem ermutigend sind Kooperationsmodelle, mit denen schon jetzt Religionslehrende verschiedener Konfessionen Schülerinnen und Schüler gemeinsame Lernerfahrungen ermöglichen. Dennoch bleibt zentrales Problem, dass sehr viele Kinder, deren Eltern keiner anerkannten Religionsgemeinschaft angehören, bis Klasse 7 diese Förderung nicht bekommen, sondern „Hohlstunden“ haben. Darunter sind häufig auch Kinder mit Migrationsgeschichte, die hinsichtlich der deutschen Sprache, Geschlechterrollen, Antisemitismus und Rassismus dringend einbezogen werden müssen.

Neben dem Geschichts- und Politikunterricht, in dem Antisemitismus beinah ausschließlich als historische Erscheinung oder als Problem der internationalen Politik (Israel/Palästina) betrachtet wird, kommt dem Ethikunterricht daher für die Vermittlung eines reflektierten Umgangs mit antisemitischen Haltungen eine Schlüsselrolle zu. Wird diese Chance über Jahre mit „Hohlstunden“ vertan, sind Schülerinnen und Schüler in höheren Klassen oft für diese Zugänge nicht mehr erreichbar.

Der Beauftragte empfiehlt daher:

- den landesweiten Ausbau des Ethikunterrichts ab Klasse 1;
- den Ausbau bereits funktionierender Kooperationsprojekte zwischen Angeboten des konfessionellen Religions- und Ethikunterrichts;

- die Förderung von Kooperationen zwischen den Lehrerverbänden der konfessionellen Religionsunterrichte – darunter auch dem jüdischen und islamischen Religionsunterricht – sowie der Ethiklehrerkräften.

Arbeit der Landeskundebeauftragten stärken

Wie im Abschnitt zur Erinnerungsarbeit (V.6.) deutlich werden wird, sind Gedenkstätten zentrale Orte, um Schülerinnen und Schüler für die Geschichte und Auswirkungen des Antisemitismus in Deutschland zu sensibilisieren. Als wichtige Schnittstelle zwischen Schulen und den Gedenkstätten sowie anderen Lernorten sind Landeskundebeauftragte in den Schulamtsbezirken eingesetzt worden. Diese unterstützen Lehrerinnen und Lehrer, indem sie über die jeweilige Region und ihre Geschichte informieren und Netzwerke zwischen Schulen und anderen Institutionen wie Lernorten ausbauen.

Für die schulische Aufklärung gegenüber dem historischen Antisemitismus und der Unterstützung eines demokratischen Geschichts- und Zukunftsbewusstseins sind die Landeskundebeauftragten daher von großem Wert.

Der Beauftragte empfiehlt daher:

- die Zahl und Deputatsstunden der Landeskundebeauftragten in den Schulamtsbezirken zu erhöhen;
- durch die Verschränkung lokaler Lernorte mit digitalen Medienangeboten neue Erfahrungsräume für alle Generationen zu schaffen.

V.5. Begegnen

Die theoretische Bildung über jüdisches Leben als Teil der Gesamtgesellschaft kann eine positive Ausgangslage gegen antisemitische Einstellungen schaffen. Was jedoch zusätzlich ermöglicht werden muss, ist das Ansprechen einer persönlichen und auch emotionalen Erfahrungsebene.

In der zwischenmenschlichen Begegnung kann gegenseitiges Verständnis vergrößert oder gar erst geschaffen werden.

Begegnungen auf Augenhöhe schaffen

Bei Schulbesuchen stellt der Beauftragte immer wieder fest, dass trotz guten theoretischen Wissens über „das Judentum“ wenig oder gar keine persönlichen Kontakte zu Jüdinnen und Juden gleichen Alters bestehen. Sogenannte Peer-to-Peer-Programme, bei denen Begegnungsräume zwischen jüdischen und nicht-jüdischen Jugendlichen geschaffen werden, zeigen eindrücklich, wie persönliche Begegnungen auf Augenhöhe Wissen und Einstellungen hin zum Positiven verändern können.

Der Beauftragte empfiehlt daher:

- bestehende Peer-to-Peer-Programme zu fördern, konkret:
 - das Schulprojekt „Likrat“ der Israelitischen Religionsgemeinschaft Baden mit einem Zuschuss von 20.000 €/Jahr;
 - das Begegnungs-, Aufklärungs- und Dialogprojekt „Rent a Jew“ der Europäischen Janusz Korczak Akademie mit einem Zuschuss von 10.000 €/Jahr.

Jüdisches Leben in Baden-Württemberg feiern

Zu oft wird die Geschichte des Judentums in Deutschland und Baden-Württemberg nur auf die Aspekte von Leid und Verfolgung reduziert. Respekt und die Anerkennung von Zugehörigkeit entstehen aber auch durch die Wahrnehmung der langen Zugehörigkeit und großen Leistungen jüdischer Bürgerinnen und Bürger.

So hat der Landtag mit der Auslobung der Joseph-Ben-Issachar-Süßkind-Oppenheimer-Auszeichnung ein starkes Signal für die Rehabilitierung eines antisemitischen Justizmordes und zugleich ein Signal für die gemeinsame Zukunft gesetzt.

Im Jahr 2021 wird deutschlandweit das 1700-jährige Jubiläum jüdischen Lebens in Deutschland begangen werden (321 wurde Juden in Köln erstmals gestattet, in den Rat der Stadt berufen zu werden). Auch für Baden-Württemberg soll dies Anlass sein, die jahrhundertelange Geschichte jüdischen Lebens im Land zu würdigen und sichtbar zu machen. Eine erste Erwähnung jüdischen Lebens in Württemberg stammt beispielsweise aus dem Jahr 1343 aus einer Urkunde der Stadt Stuttgart.

Eine grundlegende Quelle dafür sind die Akten jüdischer Gemeinden, die 1933 im Rahmen der Reichspogromnacht beschlagnahmt, in Staatsarchiven gesichert und schließlich nach Kriegsende an Israel übergeben wurden. Dort werden sie in den Central Archives for the History of Jewish People (CAHJP) in Jerusalem verwahrt. Eine erste Sichtung ergab ca. 160 Ortschaften in Baden-Württemberg, deren teils jahrhundertelange jüdische Geschichte sich in diesen Akten findet. Im Zuge eines Pilotprojektes könnten diese Fundstücke – analog zu Bemühungen z.B. in Bayern – anlässlich des Jubiläumsjahres 2021 digital erfasst und damit der Forschung zugänglicher gemacht werden.

Dankenswerterweise hat sich das Landesarchiv Baden-Württemberg in einem Schreiben an den Beauftragten in der Lage gesehen, ein realistisches Projekt für eine Digitalisierung der Archivbestände und das Gedenkjahr 2021 vorzulegen.

Wünschenswert wäre zudem die Würdigung des enormen Geisteswerkes des Holocaust-Überlebenden und Friedensnobelpreisträgers Elie Wiesel (1928-2006). Wiesel akzeptierte nach dem NS-Terror nicht nur Schüler aus Baden-Württemberg, sondern vertraute die deutschsprachigen Ausgaben seiner Werke auch einem Freiburger Verlag an. Seine Diskussion mit vor allem jungen Menschen beim Karlsruher Kirchentag von 1992 wurde als ein neuer Durchbruch im christlich-jüdischen Gespräch wahrgenommen. Nicht zufällig sprach Wiesel anlässlich des Tags zum Gedenken an die Opfer des Nationalsozialismus am 27. Januar 2000 im deutschen Bundestag. Sein bleibender Bezug zu seiner rumänischen Heimat verleiht seinem Andenken zudem auch eine europäische Dimension.

Erfreulich und ermutigend ist zudem die sich weltweit – und auch in Baden-Württemberg – entfaltende Wiederentdeckung der Lehrhaus-Tradition. In Lehrhäusern – wie jenem in Stuttgart – eröffnen Gelehrte des Judentums und anderer Religionen in Vorträgen und Diskussionen allen Interessierten Einblicke in die lebendigen Lehren, Weisheiten und auch Strömungen der Weltreligionen und fördern so Bildung, Begegnung und Frieden.

Bereits 1948 gründete darüber hinaus Dr. Gertrud Luckner (1900-1995) – die für Fluchthilfe an jüdischen NS-Verfolgten in KZ-Haft gegangen war – den „Freiburger Rundbrief“, in dem über Jahrzehnte hinweg hunderte Artikel jüdischer und nichtjüdischer Gelehrter zu den verschiedensten Facetten der christlich-jüdischen Beziehungen erschienen. Inzwischen erscheint dieses weltweit einzigartige Magazin und Zeitzeugnis als „Zeitschrift für christlich-jüdische Begegnung im Kontext (ZfBeg)“, ist jedoch weiterhin in seinem Bestand bedroht und nur teilweise digital zugänglich. Hier findet sich ein medialer Schatz verschrifteter Erinnerung und der christlich-jüdischen Arbeit mitten in Baden-

Württemberg, der etwa für Schülerinnen und Schüler, Engagierte, Studierende und Forschende analog und digital zugänglich gemacht werden sollte.

Der Beauftragte empfiehlt daher:

- das Landesarchiv Baden-Württemberg mit der Digitalisierung der Aktenbestände zu beauftragen und gemeinsam mit dem Archiv der jüdischen Gemeinden in Heidelberg über die Aufbewahrung und Erforschung zu beraten;
- das Gedenkjahr 2021 mit Aktionen und Feierlichkeiten zu begehen. In einem bundesweiten Gedenkjahr sollte Baden-Württemberg einen sichtbaren, eigenständigen und bürgernahen Beitrag leisten;
- eine deutschsprachige Gesamtausgabe der teilweise bereits vergriffenen Werke von Elie Wiesel in Auftrag zu geben und mit Rumänien über gemeinsame Forschungs-, Bildungs- und Dialogprojekte im Sinne des Friedensnobelpreisträgers zu beraten;
- die Eröffnung weiterer, kommunaler Lehrhäuser in der Zusammenarbeit von Kirchen und Religionsgemeinschaften, Initiativen und Volkshochschulen;
- die wiederentdeckte Synagoge in Schwäbisch Gmünd zu einem landesgeschichtlich beispielhaften Begegnungs- und Lernort und möglicherweise Impulsgeber der Lehrhaus-Bewegung zu entwickeln;
- die Förderung und Digitalisierung der „Zeitschrift für christlich-jüdische Begegnung im Kontext (ZfBeg)“/Freiburger Rundbrief.

V.6. Erinnern

Das würdige und verantwortungsvolle Erinnern an die Verbrechen im Namen des NS-Regimes entspricht der bleibenden, historischen Verantwortung unseres Landes und stärkt das Bewusstsein für den Wert von Menschenwürde, Rechtsstaatlichkeit und Vielfalt.

Gedenkstätten und Lernorte stärker fördern

Die Gedenkstättenlandschaft in Baden-Württemberg bildet die lebendige, regional zugängliche und reflektierte Grundlage der baden-württembergischen Erinnerungskultur. Haupt- und Ehrenamtliche leisten Außerordentliches, um den Opfern von Terror und Diktatur zu gedenken, um Orte des Verbrechens und Orte jüdischer Geschichte zu erhalten, als Mahnung und als Erinnerung. Baden-Württemberg verfügt mit seinen rund 70 sehr unterschiedlichen Erinnerungsorten über eine einzigartig vielfältige Gedenkstättenarbeit, meist zivilgesellschaftlich initiiert, getragen und durch jahrzehntelanges Ehrenamt am Leben gehalten. Die Gedenkstättenförderung des Landes ist bei der Landeszentrale für politische Bildung verortet und unterstützt von dort aus die Gedenkstättenarbeit ideell und finanziell.

Das bürgerschaftliche und professionelle Engagement im Gedenkstättenbereich gilt es anzuerkennen und durch geeignete Maßnahmen weiter zu ertüchtigen.

Die Gedenkstätten und Lernorte stehen momentan vor massiven Herausforderungen und Umbrüchen. Zum einen zeichnet sich ein doppelter Generationenumbruch ab. Die Zahl der Überlebenden der Schoah, die noch selbst von den damaligen Ereignissen erzählen können, nimmt ab. Gleichzeitig muss der Generationenübergang auch bei den Mitarbeitenden und Ehrenamtlichen vor Ort gelingen.

Zum anderen stehen die Gedenkstätten vor der Herausforderung, geeignete pädagogische Konzepte und Vermittlungsarbeit für eine Generation zu entwickeln, die sich aus einer größeren zeitlichen Ferne, oftmals aus migrantischer Perspektive und mit dem Smartphone dem Thema annähert. Der Prozess einer nachholenden Professionalisierung wird nur mit Unterstützung gelingen.

Hinzu kommt, dass die Erwartungen von Politik und Gesellschaft an Gedenkstätten wächst. Der Bildungsauftrag lautet unausgesprochen, die Besucherinnen und Besucher mit Information und Aufklärung quasi gegen antidemokratische und antisemitische Haltungen zu „immunisieren“. In der öffentlichen Debatte wird es zunehmend auch notwendig, fachlich fundiertes historisches Wissen in geeigneter Weise zur Verfügung zu stellen und geeignete Fachleute zu vernetzen und zur Verfügung zu stellen. Dazu können auch die Archivierungsanstrengungen und die wissenschaftliche Forschung, die mit und an den Gedenkstätten stattfinden, wichtige Beiträge leisten.

Der Beauftragte sieht es als ein elementares Element im Kampf gegen Antisemitismus, die Gedenkstätten, die Lernorte und die Gedenkstättenarbeit im Land zu stärken. Der zeitgemäßen Vermittlung historischen Wissens kommt dabei eine besondere Bedeutung zu. Dazu gehört auch, neue Initiativen zu unterstützen und integrativ mit Bestehendem zu verzahnen. Initiativen, die heute neu entstehen, können bereits auf drei Jahrzehnte gemachte Erfahrungen zurückgreifen. Der Beauftragte empfiehlt daher eine enge Begleitung und Vernetzung von regionalen Initiativen, wie sie derzeit etwa im Badischen in Freiburg, Bruchsal und Kislau, Offenburg, Mannheim mit ganz unterschiedlichen Akteuren entstehen.

Der Beauftragte empfiehlt daher:

- die Bereitstellung von gesonderten Mitteln für Gedenkstätten und Lernorte, um sie fit für die Zukunft zu machen, Generationenübergänge professionell begleiten zu können, pädagogische Konzepte für neue Besuchergruppen zu erarbeiten und Digitalisierungsprojekte zu ermöglichen;
- Unterstützung und Vernetzung neu entstehender lokaler Initiativen;
- die Aufnahme der Gedenkstätte Grafeneck in die Gedenkstättenförderung des Bundes, als historischen Ort von nationaler Bedeutung, der in besonderer Weise die Menschenverachtung des NS-Regimes, aber auch die anfangs noch bestehenden Möglichkeiten des Widerstands verdeutlicht.

Gedenkstättenfahrten als Grundlage demokratischer Erinnerungskultur sichern

Wenn einerseits öffentlich diskutiert wird, ob Gedenkstättenfahrten für Schulen verpflichtend sein sollten, können jedoch nicht andererseits geplante Bildungsangebote aufgrund von Mittelknappheit scheitern. Hier gilt es, für mehr Kohärenz zu sorgen.

Rückmeldungen an das Büro des Beauftragten zeigen, dass die bisherige Förderpraxis ausgebaut und vor allem vereinfacht werden muss. Die von Seiten des KM verwalteten 25% Zuschuss sind zu wenig, insbesondere in Klassen mit sozial schwächeren Schülern (so einige Rückmeldungen z.B. von berufsbildenden Schulen).

Gerade auch regionale Gedenkstättenbesuche können Schülerinnen und Schüler unabhängig von ihrer Herkunft die Relevanz der Erinnerung für eine gemeinsame Zukunft eröffnen.

Gleichzeitig trifft in vielen Fällen die in der bisherigen Regelung enthaltene Beschränkung auf baden-württembergische Gedenkstätten nicht die schulische Praxis. Insbesondere Besuche von Orten außerhalb des Landes mit baden-württembergischem Bezug wie

Neuengamme oder Gurs werden auf diese Weise gar nicht bedacht. Engagierte Lehrerinnen und Lehrer, die – oft ergänzend neben der Kooperation mit regionalen Gedenkstätten – Besuche eines Vernichtungslagers wie Auschwitz ermöglichen wollen, werden häufig bei der Akquise finanzieller Mittel ihrem eigenen Engagement überlassen.

Auch die Informationspolitik erscheint ausbaufähig. Insbesondere für nichtschulische Träger ist die bisherige Förderpraxis schwer zu durchschauen.

Auch die Erinnerung an die Opfer des NS-Regimes gehört dabei mit neuen Gedenkformen ins Netz. Das Instagram-Profil zum NS-Opfer Eva Heyman, das Papierblatt-Projekt und die Motion Comics des Lernorts Zivilcourage & Widerstand in Karlsruhe zeigen gerade auch im Kontext von Erinnerungskultur, wie moderne Geschichtsvermittlung gestaltet werden kann – und soll. Ein solcher, endlich medial reflektierter Aufbau des Geschichtsunterrichts würde zudem dem starken Interesse der jungen Generation und Lehrerschaft entsprechen, die unterschiedliche Verwendung von Medien mit all ihren Chancen und Risiken besser verstehen zu können.

Der Beauftragte empfiehlt daher:

- Gedenkstättenfahrten zu Orten nationalsozialistischen Unrechts sowohl schulischer wie nichtschulischer Träger einheitlich mit mind. 50% Zuschuss zu fördern;
- darunter Orte in Baden-Württemberg, aber auch Orte mit baden-württembergischem Bezug wie Neuengamme, Auschwitz und Gurs zu fassen.

Die Arbeit der Landeszentrale für politische Bildung unterstützen

Als zentrale Stelle für die Finanzierung und Gestaltung der Gedenkstättenarbeit im Land fungiert der Bereich Gedenkstättenarbeit der LpB. Mit dem Aufwuchs der Gedenkstättenförderung hat das Arbeitsvolumen im Bereich der Fördermittelverwaltung deutlich zugenommen. Dadurch sind gleichzeitig auch die Aufgaben auf Referenten- und Abteilungsleitersebene angestiegen: Dazu zählen verstärkt Fortbildungsmaßnahmen, Beratungen, Kooperationen, um Gedenkstätten als außerschulische Lernorte zu stärken und junge Menschen für die Gedenkstättenarbeit zu interessieren. Die Beratung und Begleitung der pädagogischen Arbeit durch die LpB gibt neue Impulse und erlaubt den Informationsfluss über aktuelle Formen und Instrumente der Geschichtsvermittlung.

Bislang unberücksichtigt blieb dabei der enorme Personalaufwand für Verwaltung der Sachmittel und für die notwendige Neuaufstellung und Digitalisierung der Gedenkstätten.

Der Beauftragte empfiehlt daher:

- aufgrund der sehr guten Erfahrungen in der Landeszentrale für politische Bildung die Verstetigung der bisherigen Projektstelle Gedenkstättenpädagogik im Fachbereich Gedenkstättenarbeit von 60% befristet auf 100% unbefristet, sowie die Schaffung zweier Referentenstellen im Themenfeld Digitalisierung sowie Wiederbesetzung und Ausbau einer Sachbearbeiterstelle im Bereich Veranstaltungen und Publikationen.

NS-Geschichte baden-württembergischer Institutionen erforschen und reflektieren

Psychologisch naheliegend wird die NS-Geschichte gerne vom eigenen Wirkungsfeld abgelenkt und auf andere Orte projiziert. Zu einer ehrlichen und nachhaltig wirksamen Auseinandersetzung mit Geschichte gehört jedoch die Erkenntnis, dass auch die eigenen Institutionen und Arbeitsgebiete Teil des NS-Machtsystems waren. Mit der wissenschaftlichen Erforschung der Rolle von Landesministerien im Nationalsozialismus hat das Land notwendige Schritte in diese Richtung unternommen. Deren Ergebnisse sind jedoch noch kaum in die Mitarbeiterschaften und breitere Öffentlichkeit getragen worden.

Oft brechen entsprechende Diskussionen dann auf, wann sich Bezüge von Namensträgern zu Antisemitismus und generell gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit ergeben. An entsprechenden Diskussionen zu Eduard Spranger, Graf Eberhard im Bart und Martin Luther wurde der Beauftragte immer wieder beteiligt. In Einzelfällen wurden so auch Umbenennungen diskutiert und beschlossen. Diese Debatten sind schmerzhaft, aber notwendig, um das Geschichtsbild auch der eigenen Wirkungsstätten und Arbeitsplätze immer wieder zu reflektieren und weiter zu entwickeln.

Der Beauftragte empfiehlt daher:

- die weitere Reflexion der Rolle der Landesministerien während der NS-Zeit sowie der Hochschulen, Schulen und anderer öffentlicher Institutionen.

Landesgeschichtliche Identifikationsfiguren stärken: Ludwig & Johanna Marum neben Eugen Bolz landesgeschichtlich würdigen

Gedenken braucht die lebendige Übertragung der Geschichte in die Gegenwart. Mutige Vorbilder für Zivilcourage und Widerstand, die in der eigenen Region gelebt und gewirkt haben, können genau solche Verbindungen zwischen gestern und heute schaffen. In der Landesgeschichte gibt es einige solcher Vorbilder, die lokal bekannt sind, landesweit jedoch in Vergessenheit gerieten.

Der aus einer jüdischen Familie stammende, badische Demokrat Ludwig Marum und seine Ehefrau Johanna Marum sind hier in besonderer Weise zu nennen. Ludwig Marum wirkte im Landtag und in der Landesregierung Badens und als Abgeordneter des Reichstages an der Weimarer Demokratie mit. Er wurde 1933 von den Nationalsozialisten in das Konzentrationslager Kislau inhaftiert und ein Jahr später ermordet und gehörte damit zu den frühen Opfern des NS-Antisemitismus. Johanna Marum stand nicht nur die Schreckenszeit der Verfolgung an der Seite ihres Mannes durch, sondern auch beruflich und politisch ihre Frau, bis hin zur Organisation und Rede anlässlich von Ludwigs Beerdigung, die sich trotz NS-Verbotes zu einer letzten, demokratischen Demonstration auswuchs.

Zur lange nur lokal beachteten Erinnerung an die Marums wurden zuletzt bereits wichtige Impulse gesetzt durch eine stark angenommene Ausstellung der Gedenkstätte Deutscher Widerstand (Berlin), des Landesarchivs Baden-Württemberg und des Forums Ludwig Marum e.V. sowie Projekte des Ludwig-Marum-Gymnasiums Pfinztal. Es ist nun höchste Zeit, diesen badisch-jüdischen Demokraten und NS-Opfern einen landesgeschichtlich verdienten Platz neben Eugen Bolz, den Geschwistern Scholl oder Elser einzuräumen und damit einem leider auch in Baden-Württemberg zu beobachtenden Trend zur Zentralisierung des historischen Gedächtnisses entgegen zu wirken.

Der Beauftragte empfiehlt daher:

- die landesgeschichtliche Erinnerung an Vorreiter der Demokratie zu stärken;
- die Anerkennung von Ludwig und Johanna Marum (Baden) als Mitbegründer und Verteidiger der Demokratie unseres Landes neben Eugen Bolz (Württemberg), konkret:
 - durch die Einrichtung einer im zweijährigen Turnus zu vergebenden Gedenkrede im Landtag zu Ehren von Ludwig & Johanna Marum,
 - die Widmung eines Raumes im Stuttgarter Landtag an Ludwig & Johanna Marum,
 - die Beauftragung eines digitalen Film- und Buchprojektes, das die Geschichte von Ludwig und Johanna Marum sowie ihrer Familie der Öffentlichkeit zugänglich macht.

V.7. Schützen und abwehren

Dass sich nach den Menschheitsverbrechen des NS-Regimes jüdisches Leben in Deutschland und in Baden-Württemberg wieder entfalten konnte, ist Anlass zu Freude und Dankbarkeit. In Baden-Württemberg ist das vertrauensvolle Miteinander von Land und jüdischen Religionsgemeinschaften 2010 in einem Staatsvertrag geregelt worden, analog zu der Beziehung zu den christlichen Kirchen. Zum kulturellen Reichtum Baden-Württembergs gehört wieder aktives, jüdisches Leben in landesweit 18 jüdischen Synagogengemeinden mit rund 9000 Gemeindemitgliedern sowie weiteren zivilgesellschaftlichen Organisationen. Dabei orientiert sich Baden-Württemberg am freiheitlich-rechtsstaatlichen Grundsatz, wonach auch die jüdischen Religionsgemeinschaften selbst entscheiden, wer ihnen tatsächlich angehört und wer für sie spricht.

Auch über 70 Jahre nach der Schoah ist es normal, dass jede einzelne Synagoge im Land, jedes jüdische Gemeindehaus ein Sicherheitskonzept hat, Synagogen einen eigenen Sicherheitsdienst beschäftigen und die örtliche Polizei die Einrichtungen regelmäßig bestreift. Und trotzdem hat in den letzten Jahren das Bedrohungsgefühl in den jüdischen Gemeinden in Baden-Württemberg zugenommen. Auch in Baden-Württemberg kam es in den vergangenen Jahren zu gezielten Übergriffen gegen Synagogen oder jüdische Einrichtungen. So wurde 2017 die Synagoge in Ulm mutwillig beschädigt und im gleichen Jahr auch der öffentlich aufgestellte Chanukka-Leuchter in Heilbronn. Auch auf jüdischen Friedhöfen wurden Grabsteine umgestoßen und beschädigt.

Auf Anregung des Beauftragten wurden daher für alle 18 Synagogen in Baden-Württemberg in den letzten Monaten sicherungstechnische Empfehlungen durch Fachkräfte der Polizei erstellt, die teils erhöhten Handlungsbedarf ergeben haben. Doch bereits jetzt wenden die jüdischen Gemeinden einen steigenden Anteil ihres Budgets, der eigentlich für religiöses Leben und die Pflege des kulturellen Erbes vorgesehen ist, für Sicherheitsausgaben auf. Aus Sicht des Beauftragten entspricht dies nicht dem Anliegen und dem Geist des 2010 geschlossenen Staatsvertrags. Er schlägt daher eine Erweiterung des Staatsvertrags vor, um die steigenden Sicherheitsausgaben zu berücksichtigen.

Der Beauftragte empfiehlt daher:

- den Fraktionen des Landtags ein Gespräch mit den Israelitischen Religionsgemeinschaften Baden und Württemberg sowie den begutachtenden Landes-Polizeibehörden zu führen, um gemeinsam eine mögliche Ergänzung des Staatsvertrages um Sicherheitsausgaben zu beraten. Idealerweise kann dabei die bisherige, überfraktionelle Einigkeit des Parlaments in dieser Grundsatzfrage erhalten werden.

Antisemitische Netzwerke beobachten

Antisemitische und rassistische Netzwerke arbeiten stark mit immer wieder erneuerten Symbolen, Musikangeboten, Erkennungszeichen und Strategien. Um die Verbindungen und Aktionsformen zwischen diesen Netzwerken zu kennen, ist eine fachkundige, regionale Szenebeobachtung nötig.

Der Beauftragte empfiehlt daher:

- eine jährliche Tagung des Landesbeauftragten mit dem konex-Kompetenzzentrum, den Meldestellen des Demokratiezentrum und weiteren, zivilgesellschaftlichen Akteuren zur Identifizierung landesspezifischer Schwerpunkte antisemitischer und rassistischer Aktivitäten;
- die dauerhafte Aufnahme eines übergreifenden Antisemitismus-Kapitels in die Jahresberichte des Landesamtes für Verfassungsschutz;
- eine geförderte Zusammenarbeit zwischen dem baden-württembergischen Demokratiezentrum und dem Jüdischen Forum für Demokratie und gegen Antisemitismus (JFDA) e.V., das erfolgreich antisemitische und rassistische Netzwerke und Strategien aufklärt und Medien Material zur Verfügung stellt.

Israelfeindlichen Antisemitismus stoppen

Antisemitismus zeigt sich in der Gegenwart nicht mehr nur über klassische antisemitische Mythen, sondern erhält Form in Anfeindungen, die gegen den Staat Israel gerichtet sind. Immer wieder werden allgemein judenfeindliche Traditionen hinter israelkritischen Aussagen verschleiert. So ist der Begriff der obsessiven „Israelkritik“ in die deutsche Sprache eingegangen, wie es sie zu keinem anderen Nationalstaat gibt. Während Palästinenserinnen und Palästinenser seit Jahren ihre Vertretungen nicht mehr wählen dürfen und Opposition etwa im Gaza-Streifen durch Gewalt und Folter unterbunden wird, findet so leider wenig Beachtung. Auch dass Konflikte und gegenseitige Vertreibungen in oft viel größerem Ausmaß auch bei der Gründung anderer Nationalstaaten wie beispielsweise Pakistan oder Burma im gleichen Zeitraum stattfanden, ist großen Teilen der Öffentlichkeit nicht einmal bekannt. Nicht selten dienen Verunglimpfungen und NS-Vergleiche mit Bezug auf die israelische Demokratie der emotionalen Schuldabwehr und antisemitischen Umwegkommunikation.

Der Stuttgarter Landtag hat sich – nach Auffassung des Beauftragten zu Recht – dezidiert gegen die Bewegung Boycott, Divestment, Sanctions (BDS) gestellt und den Aufruf zum Boykott israelischer Geschäfte und Waren sowie die Aufbringung von „Don't Buy“-Schildern auf Waren aus Israel aufs Schärfste verurteilt. Inzwischen ist auch der deutsche

Bundestag mit großer Mehrheit diesem Beispiel gefolgt. Erfreulich ist zudem eine wachsende Sensibilität der deutschen Außenpolitik gegenüber dem Weiterwirken antisemitischer Traditionen auch in internationalen Gremien.

Selbstverständlich vertritt und verteidigt der Beauftragte die Meinungsfreiheit, zu der auch sachliche Kritik an israelischer Politik und Medien gehört, wie sie auch gegenüber jedem anderen Nationalstaat geäußert werden kann. Einseitige Darstellungen und Dämonisierungen, doppelte Standards sowie antijüdische Boykottaufrufe verlassen jedoch die seriöse, demokratische Debatte. Die Bekämpfung des sogenannten Antizionismus als israelfeindlichem Antisemitismus dient also nicht nur der Sicherheit der israelischen, sondern auch der deutschen und europäischen Demokratien. Sie dient mittelbar auch jenen israelischen, arabischen und palästinensischen Stimmen, die einen realistischen Frieden anstreben.

Der Beauftragte empfiehlt daher:

- der antiisraelischen Bewegung „Boycott, Desinvestitionen und Sanktionen“ (BDS) weiterhin entgegen zu wirken und dieser keine Plattform in Einrichtungen des Landes zu geben;
- dabei aber auch die Meinungsfreiheit und Möglichkeiten angstfreier Debatten zu wahren, indem nicht jede Kritik an israelischer Politik mit Antisemitismus gleichgesetzt und massive Vorwürfe wie „BDS-nah“ nicht ungeprüft übernommen wird;
- die Überarbeitung oder Erneuerung der „Nakba“-Ausstellung, damit neben der damaligen Flucht und Vertreibung arabischer Menschen gleichberechtigt auch die Vertreibung jüdischer Menschen aus fast allen arabischen Staaten – zum Beispiel dem Irak – gezeigt wird.

V.8. Brücken bauen

Zusammenarbeit mit der Europäischen Union

Antisemitische Anfeindungen und Handlungen machen nicht an Grenzen halt und verbreiten und vernetzen sich vor allem durch die neuen Medien international. Ein koordiniertes Agieren auf europäischer Ebene ist daher geboten, um gegen antisemitische Einstellungen und Verschwörungsmythen vorzugehen. Ein wichtiger Aspekt ist dabei die Bekämpfung von Fake News im Internet. Denn die Verbreitung von Desinformation im Netz birgt in sich die Gefahr, unsere demokratischen Prozesse und gesellschaftlichen Debatten massiv zu beeinträchtigen.

Um diesem Phänomen entgegenzuwirken hat die Europäische Kommission mit dem Aktionsplan gegen Desinformation am 5.12.2018 ein Konzept vorgestellt, um koordiniert, gemeinsam und langfristig gegen die Bedrohung, die von der Verbreitung von Desinformation im Internet ausgeht, vorzugehen. Teil dieses Aktionsplans ist die Durchführung einer Medienkompetenz-Woche.

Insbesondere die Übernahme der Ratspräsidentschaft durch Deutschland birgt das Potential durch Heraushebung des Kampfes gegen Antisemitismus diesem Thema zu der notwendige Aufmerksamkeit und Dringlichkeit zu verhelfen.

Der Beauftragte empfiehlt daher:

- den Aktionsplan gegen Desinformation der EU zu unterstützen;
- anlässlich der jährlichen Medienkompetenz-Woche der Europäischen Kommission ein Mal im Jahr durch das Regierungspräsidium Karlsruhe eine Debatte über Themenfelder wie z.B. neue Medien, Hate Speech und Medienethik in Karlsruhe mit Vertretern aus der kommunalen und europäischen Landespolitik sowie aus Wissenschaft und Öffentlichkeit in Kooperation mit dem Landesamt für Kommunikation (LfK), dem Zentrum für Kunst und Medien Karlsruhe (ZKM) sowie dem Karlsruher Zentrum für Technologie (KIT) auszurichten;
- sich dafür einzusetzen, dass im Zuge der EU-Ratspräsidentschaft Deutschlands im Jahr 2020 der Kampf gegen Antisemitismus und digitale Radikalisierung zu einem Schwerpunktthema gemacht wird;
- ein Round Table-Gespräch mit staatlichen und zivilgesellschaftlichen Akteuren über die Bekämpfung von Antisemitismus auf europäischer Ebene zu veranstalten.

Ein baden-württembergisch-israelisches Begegnungswerk für Dialog und Austausch

Sowohl von Seiten der baden-württembergischen wie auch der israelischen Zivilgesellschaft und Politik besteht ein erfreulich wachsendes Interesse an Dialog, Austausch und gemeinsamen Zukunftsprojekten. Schul-, Wirtschafts- und Forschungspartnerschaften stehen neben engagierten Projekten des interreligiösen Dialoges, persönlichen Begegnungen und der Entdeckung gemeinsamer, religiöser und kultureller Wurzeln. Zur Überwindung des traditionellen Antisemitismus und Antizionismus gibt es kaum ein besseres Mittel als die möglichst frühe Begegnung mit der vielfältigen, israelischen Gesellschaft. Umgekehrt erleben es viele Israelis als wichtig, das heutige Deutschland mit Partnern und Freunden zu erleben und namhafte Institutionen wie die Hochschule für jüdische Studien in Heidelberg als Orte lebendigen Austauschs kennen zu lernen.

Hervorzuheben ist dabei neben den Vermittlungen religiösen und kulturellen Wissens auch der Ben-Gurion-Lehrstuhl mit Schwerpunkt Israel an der Hochschule für Jüdische Studien in Heidelberg, der zum besseren Verständnis des Partnerstaates auch über die Wissenschaften hinaus Entscheidendes beiträgt.

Zumal die Verwirklichung eines deutsch-israelischen Jugendwerkes noch immer auf sich warten lässt und zudem ältere Generationen tendenziell ausschließt, wurde der Beauftragte wiederholt sowohl von jüdischen wie von nichtjüdischen Bürgerinnen und Bürgern Baden-Württembergs auf die mögliche Begründung eines direkten und breiter angelegten Begegnungswerkes zwischen Baden-Württemberg und Israel angesprochen. Eine solche bürgernahe Institution sollte im Geist der Völkerfreundschaft arbeiten, Begegnungs- und Austauschprojekte bündeln und beraten, fördern und begleiten. Ein solches Begegnungswerk könnte dabei an zwei zentrale Persönlichkeiten des deutsch-israelischen Dialogs direkt anknüpfen: An Hermann Maas und Meinhard Tenné.

Der lange in Heidelberg wirkende Pfarrer und spätere Prälat Hermann Maas setzte sich zeitlebens gegen den Antisemitismus ein. Während des nationalsozialistischen Regimes verhalf er einer Vielzahl Verfolgter zur Flucht und predigte bis zu seiner Verschleppung in die Zwangsarbeit aktiv gegen Judenverfolgung. Ihm wurde daher die Ehre zuteil, als erster nichtjüdischer Deutscher nach dem Zweiten Weltkrieg als Staatsgast in Israel empfangen zu werden. Er wird in Yad Vashem als Gerechter unter den Völkern geehrt.

Meinhard Tenné verlor engste Angehörige an den Terror der Nationalsozialisten und entkam selbst nur knapp der Schoah. Dennoch erklärte er sich bereit, nach der erfolgreichen Staatsgründung Israels nach Deutschland zurück zu kehren und am Aufbau des dortigen Tourismusbüros mitzuwirken. Ab den 1970er-Jahren war er aktives Mitglied der Israelitischen Religionsgemeinschaft Württembergs und wurde später zu ihrem Vorstandssprecher gewählt. Für sein vielfältiges Engagement – gerade auch im interreligiösen Dialog zwischen Juden, Christen und Muslimen – wurde er mit dem Bundesverdienstkreuz ausgezeichnet.

Diese beiden Pioniere des deutsch-israelischen Zusammenhalts sind als Landeskinder in besonderer Weise mit Baden-Württemberg verbunden und wären ausgezeichnete Namenspaten eines neu zu gründenden „Maas-Tenné-Begegnungswerks“.

Der Beauftragte empfiehlt daher:

- die Errichtung des neuen „Maas-Tenné-Begegnungswerks“, welches bereits existierende Kooperationsprojekte zwischen Baden-Württemberg und Israel bündeln, begleiten und ausbauen sowie in Israel für den Austausch mit Baden-Württemberg werben soll;
- die Finanzierung des Ben-Gurion-Lehrstuhls an der Hochschule für Jüdische Studien mit zwei Professuren sicherzustellen.

Förderung und Ausbau der Kooperation mit Yad Vashem

Yad Vashem als internationale Holocaust-Gedenkstätte des Staates Israel leistet wichtige und innovative Gedenkstätten- und Erinnerungsarbeit, die sich auf unterschiedlichste Bereiche erstreckt. Wesentlich ist hier die Kooperation mit der Internationalen Schule für Holocaust-Studien (ISHS), die Yad Vashem zugehörig ist. Bereits heute besteht eine Kooperation zwischen der ISHS, dem Südwestdeutschen Lehrerinnen- und Lehrerverband für historische, politische und ökonomische Bildung e.V., der Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg sowie dem Ministerium für Kultus, Jugend und Sport Baden-Württemberg. Über diese Kooperation wird es einer diversen Zielgruppe wie z.B. Lehrerinnen und Lehrern, Mitarbeitenden von Gedenkstätten, Schülerinnen Schülern und Auszubildenden ermöglicht, an Fortbildungsseminaren der ISHS teilzunehmen.

Weitere Kooperationen mit Yad Vashem sind im Bereich der Archivarbeit und der Ausarbeitung von neuen Materialien für die Gedenk- und Erinnerungsarbeit anzudenken.

Der Beauftragte empfiehlt daher:

- die bestehenden Seminarangebote der ISHS für Baden-Württemberg sowie die Kooperation zwischen „Teachers for the Future“ und der ISHS weiter auszubauen;
- eine Kooperation und Vernetzung der geplanten Digitalangebote im Bereich Antisemitismus zwischen der Landeszentrale für politische Bildung und Yad Vashem anzustreben.

Schul- und Sportpartnerschaften mit Israel

Die Verbundenheit zum Partnerland Israel zeigt sich in vielen Punkten. Dazu zählen zahlreiche kommunale Partnerschaften und Schulpartnerschaften sowie die etablierten Beziehungen zu den israelischen Vertretungen in Süddeutschland. Im Bereich der beruflichen Schulen beispielweise konnten inzwischen 11 Schulpartnerschaften erfolgreich aufgebaut werden, die nun eine erste Anschubfinanzierung erhalten.

Diese guten Kooperationen sind dabei auch immer als Beitrag zur Antisemitismusbekämpfung zu sehen: Denn zum Abbau und zur Abwehr antisemitischer Stereotype gibt es kein besseres Mittel als die gleichberechtigte Begegnung verschiedener Menschen, was solche Austauschprogramme ermöglichen.

Der Beauftragte empfiehlt daher:

- Schulpartnerschaften zwischen Baden-Württemberg und Israel zu fördern;
 - unter anderem konkret für die Verstärkung von Schulpartnerschaften beruflicher Schulen mit Israel 120.000 €/ Jahr im Landeshaushalt zu veranschlagen;
 - Partnerschaften zwischen baden-württembergischen und israelischen Sportvereinen zu stärken.

Benachteiligungen von Nachfahren Holocaust-Überlebender und jüdischer Zugewanderter beheben

Nachfahren von Verfolgten des Dritten Reichs, denen die Nationalsozialisten die deutsche Staatsbürgerschaft entzogen hatten, werden auf Antrag wieder eingebürgert. Allerdings gibt es eine besondere Konstellation, in der Personen von dieser Regelung ausgeschlossen werden: Wenn die Vorfahrin weiblich war und nach der Ausbürgerung wieder geheiratet hat. Denn laut Reichsstaatsangehörigkeitsrecht des deutschen Kaiserreichs von 1913 können nur Männer die deutsche Staatsbürgerschaft an ihre Kinder weitergeben. Zwar wurden in den 1970er Jahren all Gesetze, die der Gleichberechtigung von Mann und Frau widersprechen, angeglichen, allerdings rückwirkend nur bis zum Jahr 1953.

In Großbritannien hat sich ein Interessensverein Betroffener gegründet, der diesen Missstand auflösen möchte.

Jüdische Zugewanderte aus den Nachfolgestaaten der Sowjetunion sind im Rentenrecht noch immer gegenüber anderen Gruppen benachteiligt. Eine rechtliche Gleichstellung wäre ein Signal der Gerechtigkeit und Wertschätzung.

Der Beauftragte empfiehlt daher:

- sich auf Bundesebene für eine Anpassung des Staatsangehörigkeitsrechts einzusetzen;
- bestehende, dem Bund bereits vortragende Initiativen für die rentenrechtliche Gleichstellung jüdischer Zugewanderter zu unterstützen.

Israel-Stipendien für junge Wissenschaftler und Lehrkräfte

Seit Ende der 1980er-Jahre besteht ein Stipendienprogramm des Landtags, durch welches israelische und deutsche Studierende und junge Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler sowie Praktikantinnen und Praktikanten gefördert werden. Durch die bereitgestellten Mittel ermöglicht der Landtag den Austausch zwischen jungen Menschen in Baden-Württemberg und Israel. Jährlich werden bis zu 30 Studierende durch dieses Stipendium gefördert, um Reisen nach Israel oder Baden-Württemberg zu unternehmen. Es besteht auch heute noch ein ungebrochenes großes Interesse nach diesen Begegnungsmöglichkeiten.

Das Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst ermöglicht allen sechs Pädagogischen Hochschulen des Landes die Teilnahme am „Teachers for the Future“-Programm. Durch dieses erhalten angehende Lehrerinnen und Lehrer die Chance, in strukturierten Seminarkontexten in Israel an den Themen Innovation, Interkulturalität, Integration und Demokratieverständnis zu arbeiten. Diese Stipendien sollten erweitert werden, damit mehr Lehrerinnen und Lehrer im späteren Beruf als Multiplikatoren für gelungene Verständigung mit Israel wirken können.

Der Beauftragte empfiehlt daher:

- die für das Stipendienprogramm des Landtags bereitgestellten Mittel deutlich zu erhöhen, um die große Nachfrage danach zu decken;
- das Programm „Teachers for the Future“ an den Pädagogischen Hochschulen zu verstetigen und die Zahl der Austauschplätze zu erhöhen.

VI. Schlussplädoyer für vernetztes Denken

In kaum einer politischen Rede zum Thema fehlt die Beteuerung, dem Antisemitismus „in all seinen Formen“ und „auf allen Ebenen“ entgegen zu treten. Dieser Bericht trägt dem Rechnung, indem er verschiedenste und übergreifende Ansätze benennt, die aus Sicht des Beauftragten für eine erfolgreiche Bekämpfung des Antisemitismus in Baden-Württemberg notwendig sind.

Es ist dem Beauftragten bewusst, dass die Umsetzung der Empfehlungen den Willen und das Budget verschiedener Akteure voraussetzt. Unter Umständen wird nicht alles, vor allem nicht alles sofort gelingen. Aber unversucht sollte nichts bleiben. Denn wir müssen jetzt handeln, um dem digital befeuerten Wiedererstarken menschenfeindlicher, ausgrenzender Haltungen zu begegnen. Die neuen digitalen Medien wälzen Gewissheiten um – auch die Gewissheit einer rechtsstaatlichen und wehrhaften Demokratie. Wenn eine stabile Demokratie wie Baden-Württemberg nicht entschlossen reagiert – wer dann?

Die Zusammenhänge zwischen Antisemitismus und

- antijüdischen Verschwörungsmythen,
- der Beschuldigung weiterer Minderheiten,
- dem Gefühl, Opfer des Aufstiegs „Anderer“ zu sein
- autoritären, politischen Regimen und Terrorgruppen im Nahen und Mittleren Osten,

diese Zusammenhänge muss sich jeder vergegenwärtigen, der den Kampf gegen den Antisemitismus ernst meint. Es erfordert ein vernetztes Denken über Zuständigkeiten, Altersgruppen, Milieus und auch Sprachgruppen hinweg, um langfristig erfolgreich zu sein.

Doch die Öffentlichkeit und auch die Menschen in Osteuropa sowie im Nahen und Mittleren Osten nehmen zudem deutlich wahr, dass unser baden-württembergischer Wohlstand auch aus der Zusammenarbeit mit autoritären und regelmäßig antisemitischen, rassistischen und homophoben Regimen resultiert: Wir importieren Öl und Gas über den Weltmarkt und direkt über Pipelines, mit denen autoritäre Regime dann auch ihre globale Propaganda finanzieren – und bei uns wiederum Waffen und Luxusgüter einkaufen. In der Sprache der Politikwissenschaft befördern wir damit autoritäre Rentierstaaten, die Oppositionelle regelmäßig als „Verschwörer“ beschuldigen und die Möglichkeit zu einem demokratischen, freiheitlichen und gleichberechtigten Miteinander von Menschen bestreiten. Entsprechend bestehen auch aus unserem Bundesland direkte wie auch indirekte Beziehungen mit Akteuren und Regimen, die offen Antisemitismus verkünden und den Staat Israel noch immer nicht anerkannt haben, ihn bisweilen sogar bedrohen.

Ein ehrlicher Bericht zum Antisemitismus darf daher nicht nur die lokalen Herausforderungen thematisieren. Er muss darüber hinaus unsere eigenen,

wirtschaftlichen und politischen Abhängigkeiten und daraus resultierenden Widersprüche benennen. Wenn wir den Antisemitismus global und glaubwürdig bekämpfen, für Demokratie und Rechtsstaatlichkeit eintreten wollen, dann muss dies auch stärkere Anstrengungen für die Wende zu erneuerbaren Energien und die Dekarbonisierung bedeuten. Die Verfeuerung fossiler Rohstoffe vergiftet nicht nur Umwelt und Klima, sondern verformt auch Gesellschaften, Staaten und religiöse Lehren ins Autoritäre. Gleichzeitig droht schon die Ausweitung neuer Abhängigkeiten etwa bei Seltenen Erden oder Coltan.

Zwar gehören Energie-, Umwelt-, Forschungs- und Wirtschaftspolitik nicht zum Gestaltungsbereich des Beauftragten gegen Antisemitismus. Aber es steht ihm zu, auf die große Bedeutung dieser Themen hinzuweisen und für mehr „vernetztes Denken“ in Politik und Gesellschaft zu werben. Baden-Württemberg ist wirtschafts- und forschungsstark und verfügt auch im internationalen Vergleich über herausragendes, technologisches Know-How. Mit jedem Schritt zur Dekarbonisierung, der Förderung erneuerbarer Energien, von Bildung und der Verbesserung von Recycling können Akteure in Politik, Wirtschaft und Zivilgesellschaft nicht nur den Umwelt- und Klimaschutz fördern, sondern auch Rechtsstaatlichkeit, Demokratie, Frieden und die Überwindung antisemitischer Propaganda. Idealerweise können wir baden-württembergisches Engagement mit globaler Verantwortung verknüpfen und auch damit für eine Welt mit weniger Zerstörung, Hass, Antisemitismus und Rassismus wirken.